

---

## Allgemeine Verwaltung

- 10 Hauptamt
- 11 Personalamt
- 12 Amt für Statistik und Wahlen
- 13 Presseamt
- 17 Bezirksverwaltungsstellen
- 18 Amt für automatisierte  
Informationsverarbeitung
- 19 Umweltamt



# Amt 10 – Hauptamt

Amtsleiter: Walter Mohr

## Gemeinderecht einschl. Satzungsrecht; Anweisungen

Der Innenminister NW hat mit Verordnungen vom 06.12.1985

- die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse neu erlassen und
- die Verwaltungsverordnung zu § 45 Gemeindeordnung NW geändert.

Die entsprechenden Vorschriften der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf hat der Rat der Stadt mit Beschluß vom 06.03.1986 und mit Wirkung vom 01.01.1986 geändert, d.h., die Entschädigungsbeträge erhöht.

Dabei wurde erstmals von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auch den stellvertretenden Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern und den Fraktionsvorsitzenden in den Bezirksvertretungen eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung zu gewähren.

Mit Beschluß vom 17.07.1986 hat der Rat der Stadt die Hauptsatzung in etlichen weiteren Punkten geändert; zum großen Teil handelte es sich um Auswirkungen der Änderungen der Gemeindeordnung von 1979 und 1984 (Umsetzung von Kann-Bestimmungen). Wegen der Vielfalt der Änderungen wird auf die Bekanntmachung im Düsseldorfer Amtsblatt vom 04.10.1986 verwiesen.

Mit Beschluß vom 25.09.1986 hat der Rat der Stadt darüber hinaus im §1 der Hauptsatzung die Personenbezeichnung „Ratsfrau“ festgeschrieben und bestimmt, daß Frauen die Amts- und Funktionsbezeichnungen in der jeweiligen weiblichen Sprachform führen.

Eine ähnliche Regelung ist durch das Rechtsbereinigungsgesetz 1987 NW, Artikel 9, vom 06.10.1987 in § 32 der Gemeindeordnung eingeflossen.

Mit Beschluß vom 28.01.1988 hat sich der Rat der Stadt eine neue Geschäftsordnung gegeben. Maßgebend hierfür waren die Änderungen der Gemeindeordnung von 1979 und 1984 sowie Bedürfnisse, die sich in der Praxis ergaben. Neu in die Geschäftsordnung wurde z.B. § 22 eingefügt, der den Bezirksvertretungen erstmals das Recht einräumt, im Rahmen ihrer Tagesordnung Fragestunden für Einwohner abzuhalten.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Anweisungen, Verfügungen etc. überarbeitet bzw. neu erlassen:

1. Anweisung über die Beflaggung der öffentlichen Gebäude der Stadt vom 02.07.86/02.03.88/ geänderter Neu-

druck vom 13.07.88 der Vfg. vom 02.03.88 (Slg. MittBl. „Befl.“),

2. Anweisung für die Behandlung der Posteingänge und Postausgänge in der Zentralen Poststelle und in den Amtspoststellen vom 01.02.82 (Änderung vom 19.10.88),
3. Anweisung über besondere Briefköpfe im Schriftverkehr der Stadtverwaltung Düsseldorf vom 28.09.87/28.11.88 (Slg. MittBl. „Brief“),

4. Anweisung über die Verwaltung und Verwendung der Dienstsiegel vom 04.08.88 (Slg. MittBl. „Sie“),

5. Verfügung über Dienstaussweise vom 03.04.86/Änderung vom 02.03.88,
6. RdVfg. vom 20.01.86 über die Genehmigung zur Mitarbeit in Gremien, deren Sitzungen Dienstreisen erfordern, die der Stadt Kosten verursachen,
7. Richtlinien über Dienstreisen vom 18.02.86.

## Ehrungen

Vorschläge zur Verleihung des Feuerwehr-Ehrenzeichens an Angehörige der Berufsfeuerwehr, Freiwilligen- und Werksfeuerwehr:

- a) in Gold. . . . .  
b) in Silber . . . . .

Übernahme der Ehrenpatenschaft durch den Bundespräsidenten

Vom Oberbürgermeister wurden Glückwünsche aus Anlaß von Alters- und Ehejubiläen ausgesprochen:

Zur Vollendung des

80. Lebensjahres ohne Ehrengabe . . . . .  
80. Lebensjahres mit Ehrengabe . . . . .  
90. Lebensjahres . . . . .  
95. Lebensjahres . . . . .  
100. u. weiteren Lebensjahres. . . . .

- bei Goldenen Hochzeiten . . . . .  
bei Diamantenen Hochzeiten . . . . .  
bei Eisernen Hochzeiten. . . . .  
Bei Kupfernen Hochzeiten . . . . .

	1986	1987	1988
a) in Gold	6	1	2
b) in Silber	24	26	22
Übernahme der Ehrenpatenschaft durch den Bundespräsidenten	2	2	1
Zur Vollendung des			
80. Lebensjahres ohne Ehrengabe	3482	3755	3637
80. Lebensjahres mit Ehrengabe	329	422	382
90. Lebensjahres	617	624	671
95. Lebensjahres	121	138	139
100. u. weiteren Lebensjahres	19	22	26
bei Goldenen Hochzeiten	328	343	341
bei Diamantenen Hochzeiten	49	64	63
bei Eisernen Hochzeiten	14	14	12
Bei Kupfernen Hochzeiten	-	-	-

Ehrungen gemäß der Satzung über Ehreenauszeichnungen der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 19.04.1979:

	1986	1987	1988
Verdienstplakette	-	3	1
Jan-Wellem-Ring	4	1	-
Großer Ehrenring	-	-	1

Die Satzung über Ehreenauszeichnungen der Landeshauptstadt Düsseldorf wurde geändert

a) am 06.03.1986:

Es wurde die Möglichkeit eröffnet, verdiente Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens im Rahmen der zahlenmäßigen Begrenzung mit dem Jan-Wellem-Ring oder mit dem Großen Ehrenring auszeichnen zu können.

b) am 17.12.1987:

Als zusätzliche Ehrung wurde die Ehrennadel in die Satzung aufgenommen, die der Rat der Stadt Düsseldorf an Mitglieder der Bezirksvertretungen verleiht, die insgesamt zehn Jahre oder zwei volle Wahlperioden einer Bezirksvertretung angehört haben.

## Personalvertretungsrecht

Im Berichtszeitraum fanden in der Zeit vom 01. – 05.06.1987 folgende Wahlen statt:

### a) Personalvertretungen

Es wurden folgende Personalräte gebildet:

Gesamtpersonalrat  
Personalrat der Allgemeinen Verwaltung  
Personalrat der Feuerwehr  
Personalrat (Orchestervorstand) der Düsseldorfer Symphoniker  
Personalrat der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf  
Personalrat des Straßen- Brücken- und Tunnelbauamtes und des U-Bahn-Amtes  
Personalrat des Kanal- und Wasserbauamtes  
Personalrat des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes  
Personalrat des Stadtreinigungs- und Fuhramtes  
Personalrat der Städtischen Häfen

### b) Jugend- und Auszubildendenvertretungen

Es wurden folgende Vertretungen gebildet:

Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung  
Jugend- und Auszubildendenvertretung der Allgemeinen Verwaltung  
Jugend- und Auszubildendenvertretung der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf  
Jugend- und Auszubildendenvertretung des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes  
Jugend- und Auszubildendenvertretung des Stadtreinigungs- und Fuhramtes

Nach der Neuwahl der Personalvertretungen hat der Rat gemäß § 67 Abs. 1 des Landespersonalvertretungsgesetzes im Einvernehmen mit dem Gesamtpersonalrat wiederum eine Einigungsstelle gebildet, die aus der Vorsitzenden, ihrem Stellvertreter und 18 Beisitzerinnen und Beisitzern besteht. Die Beisitzerinnen und Beisitzer werden je zur Hälfte vom Rat und vom Gesamtpersonalrat bestellt. Die Einigungsstelle wird auf Antrag des Leiters der Dienststelle (Oberstadtdirektor) oder der Personalvertretung tätig, wenn sich bei Maßnahmen, die von der Dienststelle beabsichtigt sind, und bei den vom Personalrat beantragten Maßnahmen, die seiner Mitbestimmung unterliegen, zwischen dem Leiter der Dienststelle und der Personalvertretung keine Einigung ergibt.

## Datenschutz

Zwei Themen waren dominierend während des gesamten Berichtszeitraums, nämlich die Durchführung der Volkszählung und die weitere Entwicklung des Datenschutzrechts nach den Maßstäben, die das Bundesverfassungsgericht mit seiner richtungsweisenden Entscheidung zum Volkszählungsgesetz 1983 gesetzt hatte.

Seit dem 25.11.1986 war im Amt für Statistik und Wahlen eine Erhebungsstelle eingerichtet

worden, zu deren „Abschottung“ in der „Dienststanweisung für die Erhebungsstelle der Stadt Düsseldorf für die Volkszählung 1987“ vom 09.12.1986 nähere Einzelheiten festgelegt wurden. Mit Wirkung vom 01.12.1988 wurde die Düsseldorfer Erhebungsstelle zur Volkszählung wieder aufgelöst.

Die öffentlichen Diskussionen über die Volkszählung hatten viele Anfragen, Rückfragen und Hinweise aus der Bürgerschaft zur Folge. Aus der Sicht der kommunalen Vertretungskörperschaft hatte sich auch der Personalausschuß des Rates der Stadt mit der Durchführung der Volkszählung befaßt, um sich zur Gewährleistung des Datenschutzes zu verewissern und sich ein eigenes Urteil bilden zu können.

Die Novellierung des allgemeinen Datenschutzrechts erforderte mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Vorab schon wurde unter dem 10.03.1987 die „Geschäftsordnung für die automatisierte Informationsverarbeitung bei der Stadtverwaltung Düsseldorf“ erlassen.

Unter dem Datum vom 05.01.1987 hatte die Landesregierung einen überarbeiteten Gesetzentwurf (Drucksache 10/1565) unterbreitet und damit das zum Ende der vorangegangenen Legislaturperiode des Landtags nicht mehr angelaufene Gesetzgebungsverfahren neu eingeleitet. Im Verlauf der parlamentarischen Beratungen wurde am 10.09.1987 eine öffentliche Anhörung durchgeführt, bei der auch die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen ihre Stellungnahmen abgeben konnten. Das vom Landtag schließlich verabschiedete „Gesetz zur Fortentwicklung des Datenschutzes (GFD)“ vom 15.03.1988 (GV. NW 1988 S. 160) hat eine Neufassung des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (DSG NW) und weitere Änderungen (u.a. des Verwaltungsverfahrensgesetzes und des Meldegesetzes) gebracht. Das neue Datenschutzgesetz NW geht aus von dem „informationellen Selbstbestimmungsrecht“, d.h. dem Recht des einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner Daten zu bestimmen. Einschränkungen dieses Rechts bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. Der Anwendungsbereich des Gesetzes ist nicht mehr auf Dateien begrenzt, sondern umfaßt auch personenbezogene Daten in Akten und sonstigen Unterlagen. Der Grundsatz der Datenerhebung beim Betroffenen, das Zweckbindungsprinzip bei der Datennutzung, Einschränkungen bei der Amtshilfe und erweiterte Aufklärungs- und Auskunftspflichten sind weitere Grundpositionen der neuen Rechtslage.

Die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes steht noch aus. Das ist deshalb von Bedeutung, weil das Bundesdatenschutzgesetz anzuwenden ist, soweit die Stadt Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch zu erfüllen hat.

Vom öffentlichen Disput begleitet und beeinflusst waren die gesetzlichen Regelungen zur Einführung fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweise und Reisepässe sowie die Änderung verschiedener Bundesgesetze (z.B. des Bundesstatistikgesetzes, des Straßenverkehrsgesetzes und der Abgabenordnung). Das Strafgesetzbuch wurde geändert und ergänzt um Vorschriften zur Bekämpfung der Computer-Kriminalität.

## Organisation

Die Arbeit der Organisationsabteilung war im Berichtszeitraum von methodischen Organisationsuntersuchungen und zahlreichen organisatorischen Einzellösungen geprägt. Insbesondere wurden aufgabenkritische Überlegungen angestellt, die vom Rat initiiert waren oder auf Überlegungen der Verwaltung beruhten.

Auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 19.03.1987, eine sinnvolle Strategie der Aufgabenkritik und der Einnahmen- und Ausgabenpolitik zu entwickeln, bildete der Personalausschuß die Kommission Aufgabenkritik, für die die Organisationsabteilung die erforderlichen Entscheidungsprozesse vorbereitete. Aufgabenkritik kann als Faktor der Haushaltskonsolidierung nur sinnvoll sein, wenn auf Aufgaben verzichtet bzw. ihr Erledigungsstandard zurückgeführt wird und dadurch Stellen abgebaut werden können. Als Ergebnis der Beratungen in der Kommission, denen sich der Personalausschuß im Rahmen seiner Erörterungen anschloß, gelang es, insgesamt 100 Stellen einzusparen bzw. mit einem kw-Vermerk (= künftig wegfallend) zu versehen.

Zusätzlich zu den Maßnahmen der politisch initiierten Aufgabenkritik ordnete der Oberstadtdirektor die Bildung der Haushaltsstruktur-Kommission an. Einen großen Teil der Projekte, die von dieser verwaltungsinternen Kommission angesprochen wurden, hat die Organisationsabteilung bearbeitet und auf ihre Auswirkungen untersucht. Der Entscheidungsprozeß über diese einzelnen Vorhaben ist z. Z. noch nicht abgeschlossen.

Neben den o.a. Aktionen wurden methodische Organisationsuntersuchungen durchgeführt; im folgenden sind jeweils die wichtigsten Ergebnisse dargestellt:

### ● Bürgerbüros

Abbau von Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger; Abbau der Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den am stärksten belasteten Bürgerbüros

### ● Stadtkasse – Abt. Zahlungsverkehr

Verbesserung der Arbeitsverteilung; Straffung des Arbeitsablaufes

### ● Ordnungsamt

Optimierung der Arbeitsabläufe; Verbesserung der Arbeitsbedingungen; Senkung der Personalausgaben

● **Schulverwaltungsamt – Abt. Schulbau und Schulgebäude**

Verbesserung der Arbeitsabläufe durch neue Struktur der Abteilung; Anpassung des Personalbedarfs an heutige Arbeitssituation

● **Schulamt**

Straffung der Arbeitsabläufe; Senkung der Personalausgaben

● **Amt für Wohnungswesen – Härteausgleich**

Personalaufstockung und Bewältigung von Mehrarbeit; Verkürzung der Bearbeitungszeiten

● **Stadtreinigungs- und Fuhramt – Schreibdienst**

Anpassung Personalbestand an heutige Arbeitsmenge; Senkung der Personalausgaben durch Einsatz von Textverarbeitungssystem

Daneben war es in einer Vielzahl von Fällen erforderlich, Arbeitsabläufe, organisatorische Strukturen, Zuständigkeiten, Personalbemessungen u.a. zu überdenken und veränderten Anforderungen entsprechend neu festzulegen. Eine umfassende Darstellung ist hier nicht möglich, die folgenden Angaben sind daher nur beispielhaft:

- Einrichten des Umweltdezernates und des Umweltamtes
- Einrichten des Straßenverkehrsamtes als selbständige Organisationseinheit
- Einrichten der Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus
- Einrichten der Abteilung Aus- und Fortbildung im Personalamt
- Einrichten der Abteilung Schulische Weiterbildung an der Volkshochschule
- Einführen einer neuen Organisationsstruktur in der Abt. Ausländerangelegenheiten des Amtes für Einwohnerwesen
- Neustrukturieren des Zivilschutzamtes
- Neuorganisation der Technischen Abteilung des Bauaufsichtsamtes; Anpassen an neue Bezirkssatzung
- Neustrukturierung der Wohngeldabteilung; Anpassen der Personalbemessung
- Neuorganisation des Hochbauamtes; Anpassen an neue Aufgabenschwerpunkte und Neuordnen der Abteilungsstruktur
- Einrichten der Abteilung Abwasserplanung, der Abteilung Abwasserbau und der Abteilung Kläranlagenbetrieb beim Kanal- und Wasserbauamt
- Einrichten von Recycling-Höfen des Stadtreinigungs- und Fuhramtes
- Quantitative Personalbemessung im Standesamt wegen gestiegener Fallzahlen im Bereich Staatsangehörigkeit und Namensrecht
- Quantitative Personalbemessung im Versicherungsamt (Kindererziehungsleistungsgesetz)
- Anpassen der Personalausstattung der Stadtbücherei nach Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung und Umzug in das Weiterbildungszentrum

- Anpassen der Personalausstattung des Löbbecke-Museums und Aquazoo nach dem Umzug
- Organisatorische Begleitung der Volkszählung 1987
- Zusammenführen der einzelnen Dienststellen des Gesundheitsamtes im Gesundheitshaus
- Übernahme der Aufgaben des Ausgleichsamtes Mettmann durch das Ausgleichsamt der Stadt Düsseldorf
- Einrichten einer Vorprüfstelle beim Bauaufsichtsamt

**Stellenplan**

Die intensiven Bemühungen um eine weitere Rationalisierung der Verwaltung ermöglichten es, im Berichtszeitraum eine größere Zahl von Stellen – insgesamt 232,5 – einzusparen.

Neue Aufgaben, die gestiegenen Fallzahlen in vielen Bereichen der Verwaltung und die intensiviertere Wahrnehmung von Aufgaben z.B. im Bereich des Umweltschutzes machten aber gleichzeitig die Neuschaffung von 479 Stellen erforderlich.

Einschließlich der Eigenbetriebe erhöhte sich die Gesamtstellenzahl daher von **10.746** auf **10.992,5**.

**Verbesserungsvorschläge**

Das Vorschlagwesen ist von besonderer Bedeutung für die Organisationsarbeit. Hier

ist allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Gelegenheit gegeben, eigene Ideen zu entwickeln und in die Verwaltung einzubringen. In den Jahren 1986 – 1988 konnte der aus Vertretern des Personalrates und des Hauptamtes gebildete Ausschuß für Verwaltungsvereinfachungs- und technische Verbesserungsvorschläge 95 von 144 Vorschlägen mit einer Geld- oder Buchprämie anerkennen. Insgesamt wurden rd. 15.000 DM als Prämien ausgeschüttet.

Im Herbst 1988 startete die Organisationsabteilung eine Werbeaktion. Diese Aktion führte zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der eingereichten Vorschläge.

**Beschwerdeangelegenheiten**

Von dem in der Gemeindeordnung verankerten Recht, sich in Angelegenheiten der Gemeinde mit Anregungen und Beschwerden (Bürgeranträgen) an den Rat zu wenden, haben im Berichtszeitraum zunehmend mehr Bürgerinnen und Bürger Gebrauch gemacht. Die Zahl der in diesen drei Jahren eingegangenen Bürgeranträge (335) stieg gegenüber dem Vergleichszeitraum (214) um 57 %. Der für die Behandlung dieser Anträge zuständige Beschwerdeausschuß, der von einer der Abteilung 10/1 zugeordneten Geschäftsstelle betreut wird, tagte in dieser Zeit in 34 Sitzungen (1983–1985 = 27 Sitzungen).

	1986	1987	1988
Sitzungen .....	11	11	12
Beschwerden/Anregungen .....	106	105	124
davon:			
Ausschuß unzuständig .....	6	9	16
Abhilfe durch Geschäftsstelle .....	26	27	42
Behandelte Eingaben aus den einzelnen Verwaltungsbereichen:			
Bauwesen/Planung .....	9	10	22
Verkehr .....	13	16	18
Öffentliche Einrichtungen .....	12	15	7
Umwelt .....	2	2	3
Sozial- und Jugendhilfe .....	5	8	8
Sonstige .....	21	11	12

**Raumangelegenheiten**

1986 konnten im „Gesundheitshaus“, Kölner Str. 180, die bisher in verschiedenen Gebäuden untergebrachten Dienststellen des Gesundheitsamtes unter einem Dach zusammengefaßt werden. Das Institut für Lebensberatung wurde in den verkehrsgünstig gelegenen Bereich an der Willi-Becker-Allee verlegt. Einwohnermeldeamt und Schulverwaltungsamt bezogen die nach der Belegung des II. Bauabschnittes des Technischen Verwaltungsgebäudes freigewordenen Räume am Burgplatz; dadurch konnten Mietobjekte aufgegeben werden.

Die im Umweltamt zusammengefaßten Organisationseinheiten wurden zentral am Karl-

platz 24 untergebracht. Das Gebäude Bendenmannstr. 15 bot den Betriebsärzten und Sicherheitsingenieuren die für ihre Arbeit nötigen Räume; damit fanden die beengten Verhältnisse in der Grünstr. 15 ein Ende. Die Einrichtung der Mahn- und Gedenkstätte in der Mühlenstr. machte eine Verlegung der Zentralen Adressverwaltung und Vervielfältigungsstelle innerhalb des Gebäudekomplexes erforderlich. Dem Personalrat konnten neue Räume im Gebäude Burgplatz 11 angeboten werden.

Folgende Mietobjekte konnten aufgegeben werden:

- Benrather Str. 7
- Kasernenstr. 61
- Graf-Adolf-Str. 89
- Immermannstr. 40

Goethestr. 56  
Inselstr. 18  
Kettwiger Str. 6  
Erkrather Str. 162

Grünstr. 15  
Schwanenmarkt 21  
Breite Str. 7

träge gestiegen. Für den Berichtszeitraum ist folgendes Auftragsvolumen festzuhalten:

1986 – 1988 = 17.858 Aufträge

Gegenüber dem Berichtszeitraum 1983 – 1985 bedeutet dies eine Steigerung um 434 Aufträge.

Anhand der 1980 eingeführten Betriebsabrechnung ist auch für den Zeitraum 1986 –

1988 festzustellen, daß die städtische Druckerei wirtschaftlich arbeitet. Um das erreichte Wirtschaftlichkeitsniveau zu halten bzw. noch zu steigern, wird der eingesetzte „Maschinenpark“ kontinuierlich modernisiert und das Satzsystem ständig den neuen technischen Möglichkeiten angepaßt.

Im genannten Zeitraum schlossen 2 Buchbinder, 1 Drucker und 4 Schriftsetzer ihre Ausbildung erfolgreich ab.

## Druckerei

Bedingt durch eine allgemeine Ausweitung der Verwaltungstätigkeit ist das Volumen der in der städtischen Druckerei erledigten Auf-

## Zentrale Poststelle

Von der Zentralen Poststelle wurden in folgendem Umfang Postsendungen aufgegeben:

Art der Sendung	1986	1987	1988
Allgemeine Sendungen 1) .....	1.495.849	1.630.280	1.638.748
Briefe mit Zustellungsurkunde .....	229.830	224.863	185.678
Einschreibesendungen .....	26.426	24.484	26.117
Massenpost 2) .....	1.699.803	1.838.752	1.755.880
Tagespost 3) .....	361.589	413.978	474.008
Pakete .....	6.214	8.205	8.114
	3.819.711	4.140.562	4.088.545

1) In diesen Zahlen sind auch die Sammelpostsendungen enthalten. Die Zahl der Postsachen in den jeweiligen Sammelpostsendungen wurde wegen des zu hohen Arbeitsaufwandes nicht ermittelt.

2) Unregelmäßig anfallende Post jeweils gleicher Art in großen Mengen.

3) Bei der Zentralen Poststelle maschinell kuvertierte Einzelsendungen der Ämter und Dienststellen.

Durch den Einsatz einer in 1986 speziell für die Verarbeitung von Endlosvordrucken beschafften Maschine konnte die Bearbeitungszeit in diesem Bereich erheblich verkürzt werden.

Weiterhin ist zu erwähnen, daß, bedingt durch Umzug bzw. Neueinrichtung von Ämtern und Dienststellen, die Boten-Touren der Zentralen Poststelle um 12 Anfahrtsstellen erweitert wurden.

## Zentrale Adreßverwaltung

Die im Laufe des Jahres 1984 begonnene Umstellung der Adreßverwaltung vom sog. Adremaverfahren auf automatisierte Datenverarbeitung konnte im Sommer 1988 endgültig abgeschlossen werden. Dazu waren umfangreiche Verbesserungen an den ursprünglich zur Verfügung stehenden Datenverarbeitungsprogrammen erforderlich. Außerdem mußten sämtliche innerhalb der Stadtverwaltung benutzten Adressen (rd. 116.000 Anschriften) grundlegend überarbeitet werden.

So wurden

1986	1987	1988
3.211	2.807	5.375

Einheiten an städtischem Archivgut übernommen, die jeweils bis zu 30 Einzelvorgänge enthalten können. Außerdem konnte das Archiv die teilweise sehr umfangreichen Nachlässe von Knapp 1986, von Lantz und Prof. Tamms, dem ehem. Planungsdezernenten der Stadt Düsseldorf, 1987 sowie von Hilgers und Schmitz 1988 übernehmen bzw. erwerben und bereits durch Erschließung für Interessenten nutzbar machen. Auch das jahrelange Bemühen um ein ADV-unterstütztes Archivierungsverfahren hatte mit der Installation eines leistungsfähigen Personalcomputers gegen Ende 1986 seinen ersten Erfolg. Seit Febr. 1987 werden die umfangreiche Bildersammlung des Archivs und eine Archivabteilung mit Hilfe dieses Kleinrechners erfaßt und erschlossen. Der wesentliche Inhalt von 11.000 Akten und von 5.500 Bildern ist heute schon auf diese Weise abrufbar. So ist es für Teilbereiche möglich geworden, unnötige Aktenbewegungen zu vermeiden, Originale zu schonen und Auskünfte schneller zu erteilen. Dies sind Ergebnisse, die aus der beständigen Zunahme der Archivalienbenutzungen geradezu zwingend notwendig geworden sind.

Lag die Zahl der Benutzerinnen und Benutzer in den Vorjahren noch weit unter zweitausend, so wurden

1986	1987	1988
2.339	2.731	2.969

Besucherinnen und Besucher gezählt. Parallel hierzu stieg auch die an das Archivpersonal gerichtete Erwartung an immer eingehendere Beratung. Unter den insgesamt 199 wissenschaftlich betreuten Arbeiten waren im Berichtszeitraum 19 Dissertationen, 3 Habilitationsschriften, 21 Staatsexamens- und 156 sonstige Forschungsvorhaben. Außerdem stieg die Zahl der schriftlich abgefaßten Stellungnahmen und Gutachten in diesen drei Jahren von 744 auf 810. Insgesamt wurden für Archivbenutzerinnen und -benutzer

1986	1987	1988
5.050	4.350	4.200

Akten bewegt und 1.500 Einheiten städtischen Institutionen wieder zur Verfügung gestellt. An diesen leicht absinkenden Zahlen ist ein erster Erfolg der beabsichtigten Rationalisierung ablesbar.

Die in der Bevölkerung immer beliebter werdende Inanspruchnahme der Mikroverfil-

## Stadtarchiv

Seit Juni 1986 stehen dem Stadtarchiv zusätzlich zwei große Magazinräume mit Vollkompaktus-Regalanlagen zur Verfügung. Die im letzten Verwaltungsbericht gemeldete, aus Platzmangel notwendig gewordene Zurückstellung von Aktenablieferungen der Ämter konnte daher vorübergehend wieder aufgehoben werden. Dennoch ist die baldige Bereitstellung eines neuen Archivgebäudes mit einer für die nächsten 15 Jahre hochgerechneten Bedarfsfläche für Archivalien, Mitarbeiter und Benutzer nicht länger aufschiebbar.

mungsstelle im Stadtarchiv, um für Jubiläen und „runde“ Geburtstage Zeitungsrückvergrößerungen käuflich zu erwerben, ließ zwar die Anzahl der hergestellten Sicherheitsfilme von 179 auf 108 sinken, die Einnahme allein aus diesem Bereich jedoch von 27.340,00 DM im Jahre 1986 auf 40.950,00 DM im Jahre 1988 steigen.

Zwei Archivalien- und Fotoausstellungen richtete das Archiv im Berichtszeitraum aus. Vom 27.06. – 27.09.1987 wurden aus Anlaß des 75jährigen Bestehens des Stadtarchivs in der Stadtinformation „Dokumente aus sieben

Jahrhunderten“ gezeigt. Außerdem zeigte das Stadtarchiv gemeinsam mit der Bezirksvertretung 10 aus Anlaß des 700jährigen Stadtjubiläums eine Ausstellung unter dem Titel „Düsseldorfer Trabanten feiern mit“ vom 20.06. – 31.08.1988 in den Räumen der Freizeitstätte Garath.

Am 15. September konnten auch zum Stadtjubiläumsjahr die ersten beiden der auf vier Bände angelegten, schon seit Jahrzehnten geplanten großen Stadtgeschichte „Düsseldorf, Geschichte von den Ursprüngen bis ins 20. Jahrhundert“, Herausgeber Hugo

Weidenhaupt, der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

An Publikationen brachte das Archiv 1987 eine „Geschichte und Bestandsübersicht“ und aus Anlaß des Ausscheidens des langjährigen Leiters des Stadtarchivs, Prof. Dr. Hugo Weidenhaupt, am 30.06.1988, seine Aufsätze aus vier Jahrzehnten „Aus Düsseldorfs Vergangenheit“ heraus.

Am 18. August 1988 ist Dr. Clemens Graf von Loos-Corswarem zum Nachfolger in der Leitung des Stadtarchivs bestellt worden.

## Amt 11 – Personalamt

Amtsleiter: Erich Schmidt

### Allgemeines

Am 01.09.1987 wurde im Amt 11 die Abteilung 5 – Aus- und Fortbildung – gebildet. Zur gleichen Zeit wurde der bis dahin unmittelbar dem Amtsleiter unterstellte Betriebsärztliche Dienst und der Dienst für technische Arbeitssicherheit der Abteilung 11/1 zugeordnet.

Mit Wirkung vom 16.11.1987 erfolgte die Übertragung der bis dahin von der Betreuungsstelle des Personalamtes wahrgenommenen Aufgabe der Wohnungsfürsorge für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Amt für Wohnungswesen.

Amtsleiter Friedel Richter wurde in seiner Funktion wegen Eintritts in den Ruhestand am 01.12.1987 von Herrn Erich Schmidt abgelöst.

### Personalwirtschaft

Der Umfang der Bewerbungen ohne Berücksichtigung der Nachwuchskräfte stellt sich zahlenmäßig wie folgt dar:

1986 = 4.592

1987 = 5.050

1988 = 4.175

Hieraus resultierten ohne Berücksichtigung der Nachwuchskräfte folgend Neueinstellungen:

1986 = 843

1987 = 782

1988 = 807

Zur Durchführung verschiedener Veranstaltungen bzw. Sonderaktionen wie BUGA 1987, Stadtjubiläum 1988, Volkszählung, Wahlen wurde über das städtische Personal hinaus Zeitpersonal eingestellt.

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Düsseldorf führte die Personalverwaltung in den

Jahren 1986 bis 1988 insgesamt 134 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch und beschäftigte dabei vorübergehend 746 Personen. Teilweise konnten die Teilnehmer in ein Dauerarbeitsverhältnis übernommen werden.

Aufgrund der prekären Haushaltssituation im Jahr 1987 wurde durch den Oberstadtdirektor mit Verfügung vom 21.08.1987 für die Zeit bis 23.12.1987 grundsätzlich ein Einstellungsstopp angeordnet.

Für Nachwuchskräfte wurden Ausbildungsmöglichkeiten in 35 Ausbildungsberufen

angeboten. Um diese Ausbildungsberufe bewarben sich in der Berichtszeit jährlich mehr als 2.000 Interessenten. In Anbetracht dieser Bewerberzahlen sind sämtliche Ausbildungskapazitäten mobilisiert und genutzt worden; darüber hinaus wurden im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen. Entsprechend dem Votum des Personalausschusses verfolgte die Personalverwaltung das Ziel, allen Nachwuchskräften nach Beendigung der Ausbildung eine Weiterbeschäftigung anzubieten.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Zahl der Nachwuchskräfte in den einzelnen Ausbildungsbereichen:

	31.12.86	31.12.87	31.12.88
<b>a) nichttechnischer Betrieb</b>			
– Stadtinspektoranwärter/innen	127	139	139
– Aufstiegsbeamte/beamtinnen	20	28	31
– Stadtassistentenanwärter/innen	78	83	90
– Verwaltungsfachangestellte	44	38	48
– Bürogehilfinnen	40	38	39
– Assistent/in an Bibliotheken	6	7	6
– Sozialversicherungsfachangest.	4	6	6
<b>b) technischer Bereich</b>			
– Auszubildende (z. B. Chemielaboranten, Vermessungstechniker)	24	17	19
– Beamtenanwärter/innen (z. B. Vermessungs- und Bauinspektoranwärter/innen, ohne mittl. Dienst bei Amt 37)	20	14	10
<b>c) gewerblich technischer Bereich</b>			
– Auszubildende (z. B. Kfz-Schlosser, Gärtner, Forstwirte, Schriftsetzer, Drucker, Ver- und Entsorger, Berufskraftfahrer)	159	143	142
<b>d) Krankenpflegebereich</b>			
– Krankenpflegeschüler/innen	62	66	66
– Krankenpflegehilfeschüler/innen	41	47	40
<b>e) Praktikanten</b>			
– Praktikanten im Sozial- und Erziehungsdienst sowie in anderen Bereichen einschl. Vorpraktikanten	ca. 160	ca. 140	ca. 150
<b>insgesamt</b>	<b>785</b>	<b>766</b>	<b>786</b>

Die Zahl der Anträge auf Arbeitnehmerweiterbildungsurlaub stieg im Berichtszeitraum stark an und stellt sich wie folgt dar:

1986 = 180 Anträge  
1987 = 220 Anträge  
1988 = 340 Anträge

### **Gemeinsame Regelungen für Angestellte, Arbeiter und Beamte**

#### **Arbeitszeit, Erziehungsgeld, Beurlaubung einschl. Erziehungsurlaub**

Als ersten Schritt auf eine Arbeitszeitverkürzung erhalten Angestellte, Arbeiter und Beamte, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, seit 01.01.1986 pro Kalenderhalbjahr einen zusätzlichen freien Tag.

Mit Wirkung vom 01.01.1986 wird für Geburtsfälle nach dem 31.12.1985 anstelle des bis dahin von der Stadtverwaltung für jeweils sechs Monate gezahlten Mutterschaftsurlaubsgeldes nun vom Versorgungsamt Erziehungsgeld gewährt. Für den Zeitraum, in dem Erziehungsgeld gezahlt wird, besteht für Angestellte, Arbeiter und Beamte auch Anspruch auf Erziehungsurlaub. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub wurden bzw. werden für bis 31.12.1987 Geborene bis zur Vollendung des 10. Monats, für ab 01.01.1988 Geborene bis zur Vollendung des 12. Monats des Kindes gewährt.

Da die Beurlaubung zum Zwecke der Erziehung eines Kindes von § 50 Abs. 2 BAT und § 47a Abs. 2 BMT-G nicht erfaßt ist, wurde in Anlehnung an § 85 a LBG für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadtverwaltung Düsseldorf die Möglichkeit geschaffen, zur Betreuung eines im Haushalt lebenden Kindes auf Antrag Urlaub ohne Anspruch auf Vergütung und Lohn zu erhalten. In besonders gelagerten Einzelfällen ist die Verwaltung bereit, über den Zeitraum von 3 Jahren hinaus Urlaub zu gewähren.

#### **Beamten- und Besoldungsrecht**

Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 07.07.1982 wurde § 5 Abs. 4 Satz 1 erste Alternative und Satz 2 BeamtVG der damaligen Fassung mit Wirkung

vom 01.12.1982 gestrichen. Damit entfallen bei Tod des Beamten und bei Versetzung des Beamten in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit die bisherigen Ausnahmen von dem Grundsatz, daß die Dienstbezüge des zuletzt innegehabten Amtes nur dann ruhegehaltfähig sind, wenn der Beamte sie mindestens zwei Jahre lang erhalten hat.

Mit Beschluß vom 30.09.1987 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, daß die Neufassung des § 55 Abs. 1 BeamtVG durch Art. 2 § 1 Nr. 7 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes hinsichtlich der Rentenanrechnung bei Versorgungsempfängern keinen Verstoß gegen rechtsstaatliche oder verfassungsrechtliche Grundsätze darstellt.

Die in § 12 Abs. 2 a der Beihilfenverordnung getroffene Regelung, daß die Beihilfe bei stationären Krankenhausbehandlungen, Sanatoriumsbehandlungen und zahnärztlichen Leistungen zusammen mit den Leistungen einer Krankenversicherung die dem Grunde nach beihilfefähigen Aufwendungen nicht übersteigen darf, wurde durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25.06.1987 für ungültig erklärt. Bis zu einer Neuregelung werden die Beihilfen in diesen Fällen vorläufig nach der für ungültig erklärten Vorschrift berechnet.

#### **Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge**

Im Berichtszeitraum wurden die Dienst- und Versorgungsbezüge

zum 01.01.1986 um 3,5 %,  
zum 01.01.1987 um 3,4 % und  
zum 01.03.1988 um 2,4 %

erhöht.

#### **Tarifrecht**

#### **Anpassungen der Vergütungen und Löhne**

Die jeweiligen Tarifabschlüsse bewirkten eine Anhebung der Vergütungen und Löhne

zum 01.01.1986 um 3,5 %,  
zum 01.01.1987 um 3,4 % und  
zum 01.03.1988 um 2,4 %.

### **Gesetzliche Abzüge**

#### **Sozialversicherung**

Die Beitragsbemessungsgrenzen in der Rentenversicherung für Angestellte und Arbeiter betragen:

1986 = 5.600,00 DM mtl.  
1987 = 5.700,00 DM mtl.  
1988 = 6.000,00 DM mtl.

Die Beitragsbemessungs- und Jahresarbeitsverdienstgrenzen für die Versicherungspflicht in der Krankenkasse beliefen sich

1986 auf 4.200,00 DM mtl.  
1987 auf 4.275,00 DM mtl. und  
1988 auf 4.500,00 DM mtl.

#### **Nebentätigkeiten**

Eine im Jahr 1987 durchgeführte Erfassung der Nebentätigkeiten aller Beamten und Angestellten ergab, daß insgesamt 681 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Genehmigung zur Ausübung einer Nebentätigkeit haben. Schwerpunkte liegen in Bereichen der Lehr-, Vortrags-, Diakon-, Küster-, Pflugschafts- und Vormundschaftstätigkeiten.

#### **Betreuung städt. Mitarbeiter/innen**

Im Berichtszeitraum wurden 198 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Wohnraumbeschaffungsdarlehen in Höhe von insgesamt 708.686,00 DM gewährt. Des weiteren wurden für 250 Mitarbeiter zum Bau oder Erwerb eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung Arbeitgeberdarlehen von insgesamt 4,5 Mio DM bereitgestellt.

#### **Zusatzversorgungskasse (ZVK)**

Für jedes Jahr der Berichtszeit hat die ZVK einen broschierten Geschäftsbericht herausgegeben, aus dem die Entwicklung auf allen Gebieten hervorgeht.

### **Studieninstitut für kommunale Verwaltung**

Die räumlichen Veränderungen, die mit dem Umzug des Instituts im Jahr 1983 von der Friedrich-Ebert-Straße 55 zur Lacombletstraße 9 eingeleitet wurden, sind inzwischen abgeschlossen worden. Die letzten Räume, die der Hauptschule im Gebäudekomplex Lacombletstr. 9 noch zur Verfügung standen, sind im Sommer 1986 vom Institut übernommen worden, so daß nunmehr mit Ausnahme der Turnhalle der gesamte Gebäudekomplex dem Institut zur Verfügung steht. Gleichzeitig

konnten 8 Räume in Holzpavillons der ehemaligen Grundschule, deren Nutzung von Beginn an als Provisorium angesehen worden war, aufgegeben werden. Zusätzlich zu den vorhandenen 2 Räumen wurde im Jahr 1988 ein weiterer Raum als ADV-Schulungsraum eingerichtet. Insgesamt stehen dem Institut nunmehr folgende Räume für seine Arbeit zur Verfügung:

12 Verwaltungsräume einschließlich Konferenzraum und Aufenthaltsraum für nebenamtliche Dozentinnen/Dozenten  
15 Unterrichts-/Seminarräume einschließlich Großraum (Aula)  
2 Gruppenarbeitsräume  
3 ADV-Schulungsräume  
1 Schreibmaschinenraum  
1 Bibliotheksraum  
1 Aufenthaltsraum für Lehrgangs-/Seminar Teilnehmer/innen



Die Ausbildung und Prüfung der Beamten des gehobenen bautechnischen Dienstes hat eine neue Rechtsgrundlage erhalten. Für den gesamten Personenkreis ist nunmehr die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des gehobenen bautechnischen Dienstes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden des Landes Nordrhein-Westfalen (VAP gbaut.D-Gem.) vom 22.02.1987 anzuwenden. An Neuerungen gegenüber dem Bisherigen seien vor allem genannt:

- Ausweitung der Gesamtausbildungszeit von 12 Monaten auf 14 Monate
- Erhöhung der Stundenzahl in der theoretischen Ausbildung an den Studieninstituten von 320 auf 430
- Einführung der Fächer Umweltschutz, Organisationslehre und technikerunterstützende Informationsverarbeitung
- Abhängigkeit der Prüfungszulassung von Beurteilungen in der Praxis und bestimmten Mindestleistungen im Unterricht

Die theoretische Ausbildung wird nicht mehr wie bisher in einem fortlaufenden Lehrgang, sondern in einem Einführungslehrgang am Beginn der Ausbildung und einem Abschlußlehrgang vor der Laufbahnprüfung durchgeführt.

Die Entwicklung der technikerunterstützenden Informationsverarbeitung in der Praxis der Verwaltungen war für die maßgebenden Stellen Veranlassung, die Ausbildung in diesem Bereich in den meisten Ausbildungsberufen durch Änderung der Lehr- und Stoffverteilungspläne auszuweiten. So ist die Zahl der Unterrichtsstunden im Fach technikerunterstützende Informationsverarbeitung 1987 für Lehrgänge des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes von 30 auf 60 und für den Angestelltenlehrgang I von 20 auf 40 erhöht worden. Für andere Lehrgänge (Angestelltenlehrgänge II, Lehrgänge im Rahmen der dienstbegleitenden Unterweisung für Auszubildende im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter) sind bereits Verhandlungen, die eine Änderung der Stundenzahl in dem genannten Fach anstreben, eingeleitet worden. Die Neuregelungen sehen im übrigen alle vor, daß mindestens die Hälfte der Stunden für Übungen an Datenverarbeitungsgeräten zu verwenden ist. Das hat im Jahr 1988 dazu geführt, in unserem Institut einen Personal-Computer-Raum einzurichten, der natürlich auch im Rahmen der Fortbildung Verwendung findet.

Im Zusammenhang mit der Einführung der Textverarbeitung an vielen Arbeitsplätzen werden die Ausbildungskräfte der Stadt Düsseldorf, soweit entsprechende Kenntnisse nicht vorhanden sind, im Maschinenschreiben ausgebildet. 1986, 1987 und 1988 haben insgesamt 252 Ausbildungskräfte eine Abschlußprüfung in diesem Fach abgelegt. Die Auszubildenden für den Ausbildungsberuf Bürogehilfin/Bürogehilfe erhalten zudem seit 1986 speziell Unterricht im Fach „Textverarbeitung“ an Textverarbeitungsgeräten. In

den letzten 3 Jahren sind an diesen Geräten insgesamt 135 Bürogehilfinnen/Bürogehilfen ausgebildet worden.

Die Zahl der Lehrgänge und Lehrgangsteilnehmer/innen stellt sich für die Jahre 1986 - 1988 wie folgt dar:

	Lehrgänge	Lehrgangsteilnehmer/innen
1986	41	834
1987	39	842
1988	36	793

Die Veränderungen bewegen sich, auch verglichen mit denen in den Jahren vor 1986, im Bereich der üblichen Schwankungen. Die hohen Zahlen in den Jahren 1986 und 1987 spiegeln verstärkte Einstellungen von Nachwuchskräften im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit wider. Der Rückgang der Zahlen im Jahr 1988 hat seine Ursache darin, daß wegen Unklarheiten bezüglich der Zulassungsverfahren Angestelltenlehrgänge I und II nicht im üblichen Umfang durchgeführt wurden.

Die Zahl der Teilnehmer/innen an Auswahlverfahren für die Einstellung von Nachwuchskräften hat sich im Vergleich vor allem zum Jahr 1985 verringert, nunmehr aber, wie die nachfolgenden Zahlen zeigen, eine gewisse Konstanz erreicht.

1986 2435 Teilnehmer/innen  
 1987 2523 Teilnehmer/innen  
 1988 2478 Teilnehmer/innen

Bei den Einführungstagen für neueingestellte Nachwuchskräfte konnte der hohe Stand der Teilnehmerzahl, wie er sich 1985 herausgebildet hatte, gehalten werden. Auf die Berichtszeit verteilt, ergeben sich folgende Zahlen:

1986 295 Nachwuchskräfte  
 1987 286 Nachwuchskräfte  
 1988 281 Nachwuchskräfte

Die Zahl der hauptamtlichen Dozenten/Dozentinnen im Bereich der Ausbildung hat sich um 1/2 zusätzliche Kraft verändert. Bei den nebenamtlichen Dozenten/Dozentinnen haben sich praktisch kaum Veränderungen ergeben. Eingesetzt wurden im Bereich der Ausbildung 1988 61 Personen.

Die Inanspruchnahme des Fortbildungsangebotes des Studieninstitutes im Berichtszeitraum läßt im Vergleich zu früheren Jahren einen Rückgang der Veranstaltungs- und Teilnehmerzahlen erkennen.

	Anzahl der Seminare	Anzahl der Teilnehmer/innen
1986	219	2.593
1987	176	2.505
1988	149	1.965

Der Rückgang der Zahlen liegt im wesentlichen in folgendem begründet: Zum einen mußte das Seminarangebot durch eine zeitweise Nichtbesetzung der Stellen des Leiters des Fachbereichs Fortbildung und eines weiteren hauptamtlichen Dozenten eingeschränkt werden, zum anderen liegt eine Veränderung darin begründet, daß sich die methodische Veränderung der Fortbildungsarbeit in einem wesentlichen Teil in längerfristigen, lernprozeßähnlichen Beratungs- und Trainingsveranstaltungen niederschlägt. Das bedeutet, daß einzelne Zielgruppen an Fortbildungsveranstaltungen über einen längeren Zeitraum teilnehmen.

Der Bereich der AUTOMATISIERTEN DATEN-VERARBEITUNG (ADV-Fortbildung) gewinnt weiterhin wie in den Vorjahren in wachsendem Maße an Bedeutung. Die sich stets weiter entwickelnden Möglichkeiten der Kommunikationstechnik ziehen immer wieder Neuerungen in den Anwendungsgebieten nach sich.

Nach anfänglich starker Nachfrage nach generellen und einführenden Veranstaltungen wurden in erster Linie anwendungsbezogene Seminare erforderlich. Die statistischen Zahlen für den ADV-Bereich sehen wie folgt aus:

	Anzahl der Seminare	Anzahl der Teilnehmer/innen
1986	88	894
1987	48	581
1988	49	596

Die ADV-Fortbildung ist im Laufe der Jahre im Studieninstitut hinsichtlich der Hardware auf die Bedarfe der nichttechnischen und der technischen Verwaltung eingestellt worden.

Wie in der Vergangenheit war es auch in den zurückliegenden drei Jahren wieder möglich, den aktuellen Erfordernissen der fachlichen Fortbildung zu entsprechen. In Zahlen drückt sich dies wie folgt aus:

	Anzahl der Seminare	Anzahl der Teilnehmer/innen
1986	50	612
1987	56	897
1988	60	621

Neben diesen fachlich orientierten Seminaren als hartem Kern der Fortbildungsarbeit hat sich die verhaltensorientierte Fortbildung in ihrer Bedeutung ebenfalls etabliert. Das zu diesem Fortbildungsbereich gehörende „DIENSTSTELLENBEZOGENE TRAINING“ wird inzwischen intensiver von verschiedenen Stellen der Verwaltung angefordert.

Die Veranstaltungen zum Thema „Umgang mit dem Bürger“ haben sich bezüglich der Zielgruppenspezialisierung weiterhin ausgeweitet. Im Berichtszeitraum wurden unter dem

Titel „Personalverhalten im Umgang mit Badegästen“ in Zusammenarbeit mit dem Verein Deutscher Badefachmänner e.V. 22 Veranstaltungen durchgeführt, die von Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus dem gesamten Bundesgebiet besucht wurden.

Der Zuschnitt der Veranstaltungsreihe auf die Belange städtischer Bibliotheken bewirkte ein ähnliches Echo. Auch in diesem Bereich fand die Fortbildungsarbeit des Studieninstitutes für kommunale Verwaltung Düsseldorf bundesweit ein reges Interesse.

In Zusammenarbeit mit der Frauengleichstellungsstelle werden seit 1987 Seminare angeboten, die sich in erster Linie mit frauentypischen Problemstellungen im dienstlichen Alltag befassen. Veranstaltungen dieser Art sind inzwischen fester Bestandteil des Fortbildungsprogramms.

## Betriebskrankenkasse der Landeshauptstadt Düsseldorf

(Körperschaft des öffentlichen Rechts)

Geschäftsführer: Hermann Kleinbreuer

Der gesamte Berichtszeitraum stand im Zeichen des immer größer werdenden Auseinanderklaffens der Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben. Die seit 1984 anhaltende verlustreiche Entwicklung hatte einen erhebli-

chen Abbau des Vermögens zur Folge. Der Nachfrageboom durch die Versicherten im Vorfeld des zum 1.1.1989 in Kraft getretenen Gesundheits-Reformgesetzes hat in einigen Leistungsbereichen zu Ausgabensteigerun-

gen in einem nie gekannten Ausmaße geführt. Zur Erhaltung der Liquidität wurden im November 1988 Beitragssatzerhöhungen beschlossen, die aber erst zum 1.1.1989 wirksam werden konnten.

Einnahmen, Ausgaben und Vermögen entwickelten sich wie folgt:

	Einnahmen DM	Ausgaben DM	Fehlbetrag DM	Vermögen am Ende des Geschäftsjahres	
				absolut DM	je Mitglied DM
1986	70.522.000	72.200.000	1.678.000	20.149.000	926,69
1987	74.211.000	78.210.000	3.999.000	16.150.000	729,81
1988	75.959.000	83.773.000	7.814.000	8.336.000	373,05

Einen sehr großen Umfang nahmen die Aufgaben ein, die die Betriebskrankenkasse im Auftrage anderer Sozialversicherungsträger ausführte; so wurden zum Beispiel im Berichtszeitraum Beiträge für die Renten- und Arbeitslosenversicherung in folgender Höhe eingezogen:

1986 = 130.865.000 DM  
 1987 = 139.432.000 DM  
 1988 = 145.206.000 DM

Die erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahlen ist aus nachstehender Aufstellung ersichtlich:

	Mitglieder insgesamt	davon Pflichtmitglieder (ohne Rentner)	davon Freiwillige Mitglieder	davon Rentner
1986	21.533	11.737	1.738	8.058
1987	21.920	12.038	1.834	8.048
1988	22.250	12.350	1.864	8.036

Im Februar 1988 bezog die Betriebskrankenkasse das von der Innungskrankenkasse Düsseldorf/Neuss erworbene Geschäftsgebäude im Hause Klosterstraße 79.

# Amt 12 – Amt für Statistik und Wahlen

Amtsleiter: Dipl.-Soz. Gerd Kark

Die Berichtsjahre 1986 – 1988 waren geprägt von der Vorbereitung der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987 und besonders von der Vorbereitung zur Durchführung der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung am 25. Mai 1987.

## 12/1 – Verwaltung, Zählungen und Wahlen

Die im Online – Verfahren geführte Gebietsgliederungsdatei GEGD eröffnete ab Jahresende 1987 die Möglichkeit, über Bildschirmmasken Parameterprogramme zu erstellen, die für Auflistungen aus der Datei erforderlich sind.

Die Bemühungen, einen aktuellen Datenbestand über die Grenzen der Stadtteile, Stimmbezirke und Blöcke in der Datenverarbeitung zu erstellen, wurden auch in den Berichtsjahren fortgesetzt. Zum Jahresende 1988 wurde das Eingabeverfahren dahingehend geändert, daß nun auch die Grenzen der Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke erfaßt werden können. Ziel ist die Herstellung von Karten – besonders im Maßstab 1 : 5000 – mit der Darstellung der Kommunalwahlbezirks-, Stadtbezirks-, Stadtteils-, Stimmbezirks- und Blockgrenzen.

Die Umstellung der Systematik der Wirtschaftszweige in der Arbeitsstättendatei wurde im Berichtszeitraum abgeschlossen. Diese Datei wird seit 1988 wieder laufend aktualisiert. Während der Vorbereitung und Durchführung der VZ 1987 konnte die Arbeitsstättendatei nicht gepflegt werden, da die Abteilung 1 personell überwiegend in die VZ – Erhebungsstelle integriert war.

Im Berichtszeitraum wurde ein Gebietsänderungsvertrag mit der Stadt Neuss geschlossen. Aus dem Gebiet der Stadt Neuss wurde eine Fläche von insgesamt 243 qm ausgegliedert und in das Gebiet der Stadt Düsseldorf (Stadtteil 042 – Heerd) eingegliedert.

Die Änderung erfolgte zum 1.4.1986.

Im agrarstatistischen Erhebungsprogramm, das im Auftrag des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NW) ständig abläuft, wurden in den Jahren 1986 – 1988 folgende zum Teil als jährlich wiederkehrende Zählungen bzw. Erhebungen entweder unter Einsatz von städtischen Mitarbeitern/innen als Zähler oder auf dem Postweg durchgeführt.

1. Repräsentative Viehzwischenzählungen im April, Juni und August,

2. Bodennutzungshaupterhebung (Totalerfassung aller Betriebseinheiten) in Verbindung mit der Agrarberichterstattung, zugleich Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft (Repräsentativerhebung in rd. 12 % der Betriebe) in der Zeit von April bis Mai,
3. Gemüseaubauerhebung im Juli (1986 und 1987 als repräsentative Erhebung nach einem festgelegten Stichprobenplan des LDS NW und 1988 als Totalerhebung),
4. Baumschulerhebung im August als Totalerhebung und
5. Viehzählung Anfang Dezember (1986 und 1988 als Totalzählung, 1987 als repräsentative Zählung in rd. 12 % der Viehhaltungen).

Dieses Erhebungsprogramm lief zum Teil neben der Volkszählung bzw. neben der Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl am 25.01.1987 und verursachte infolge der knappen Personalausstattung der Abteilung 1 erhebliche organisatorische und personelle Probleme.

Im Berichtszeitraum fand die Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987 statt.

Bedingt durch den Umzug des Amtes in den II. Bauabschnitt des TVG, Brinckmannstraße 5 entfiel bei der Bundestagswahl 1987 erstmals die Einrichtung des „Wahlamtes“ im Ehrenhof.

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl erwies sich der neue Wahlsaal mit seiner technischen Ausstattung (Datensichtgeräten und Schachtdruckern) als sehr geeignet für eine personalintensive Großaktion. In Zusammenarbeit mit dem Amt 18 wurde das Online-Wahlscheinverfahren entwickelt, das zu ca. 50 % Personaleinsparung führte und die Ausstellung der Briefwahlunterlagen erheblich beschleunigte. Auch die gesamte Briefwahl wurde im TVG, II. Bauabschnitt durchgeführt.

Die Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl für die Wahlkreise 74 und 75 (Düsseldorf I und Düsseldorf II) erfolgte bereits ca. 2 Stunden nach Schließung der Wahllokale um 20.11 Uhr. Damit nahm die Stadt Düsseldorf Platz eins unter den Großstädten in der Bundesrepublik ein.

Das Wahlergebnis ist im Statistischen Jahrbuch der Landeshauptstadt Düsseldorf 1987 im Anhang unter „Politische Wahlen“ veröffentlicht.

Für Mitglieder des Rates bzw. der 10 Bezirksvertretungen der laufenden Wahlperiode mußten von der Abteilung 1 die Nachfolger berufen werden.

In dem Berichtszeitraum waren dies

- 11 Mitglieder des Rates und
- 28 Mitglieder der verschiedenen Bezirksvertretungen.

Das aufwendige Berufungsverfahren konnte durch den Einsatz von Datensichtgeräten und Schachtdrucker formalisiert werden. Für die verschiedenen Nachfolgeregelungen wurden entsprechende Prozeduren entwickelt.

Im August 1987 gab das Amt ein neues amtliches Straßenverzeichnis der Landeshauptstadt Düsseldorf heraus.

## 12/2 Statistik

Da mit den Ergebnissen der Volkszählung 1987, bei deren Durchführung die Mitarbeiter der Abteilung 2 ebenfalls eingesetzt waren, erst ca. 18 Monate nach dem Stichtag der Zählung (25. Mai 1987) zu rechnen war, wurden die Zahlen der Einwohner, der bewohnten Gebäude, der Wohnungen und der Räume noch bis Ende März 1988 auf der Basis der Volkszählung 1970 fortgeschrieben und in den „Vierteljährlichen Mitteilungen“ des Amtes 12 veröffentlicht. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß nach Vorliegen der Volks-/Wohnungszählungsergebnisse vom 25. Mai 1987, die die neue Fortschreibungsgrundlage darstellen, die Zahlen vom Zählungstichtag an neu ermittelt und veröffentlicht würden.

Nachdem seit Anfang Dezember 1988 die bei der Volkszählung am 25. Mai 1987 festgestellten Zahlen der Düsseldorfer Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung insgesamt, der Deutschen und der Ausländer zur Verfügung standen, wurde die Fortschreibung dieser drei Basiszahlen monatsweise neu vorgenommen – allerdings nur für die gesamte Stadt Düsseldorf, da Volkszählungsergebnisse vom Mai 1987 nach Stadtbezirken und Stadtteilen vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW noch nicht mitgeteilt worden waren. Am Ende der Berichtszeit waren auch die Düsseldorfer Ergebnisse aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 noch nicht bekannt.

In die „Statistischen Jahrbücher“ der Berichtszeit wurden erstmalig dem Bereich „Umweltschutz“ zugehörige Übersichten über die Immissionsbelastung der Luft, schadstoff-

reduzierte Fahrzeuge und Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe aufgenommen. Neu waren auch längere Zeiträume über die Studenten an den Düsseldorfer Hochschulen, den Fremdenverkehr, den Kraftfahrzeugbestand sowie – jeweils nach Stadtbezirken und Stadtteilen – die Einwohner, Wohngebäude und Wohnungen.

Wie in früheren Jahren wurden Daten zu mehreren Abschnitten der „Statistischen Jahrbücher Deutscher Gemeinden“ sowie zu Veröffentlichungen anderer städtischer und nichtstädtischer Stellen geliefert. Zugewonnen haben Datenzusammenstellungen für Städtevergleiche über die üblichen vierteljährlichen und jährlichen Meldungen hinaus.

So ist die Stadt Düsseldorf einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Deutschen Städte- tag, dem Deutschen Institut für Urbanistik, der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) sowie dem KOSIS-Verbund (Träger: Verband Deutscher Städte- statistiker) über vergleichende Stadt- und Regionalforschung beigetreten. Ziel der Zusammenarbeit ist einmal die Nutzung regionalstatistischer Daten aus den Beständen der Laufenden Raumbearbeitung der BfLR, zum zweiten Aufbau und Nutzung einer Datenbasis für eine überörtlich vergleichende innerstädtische Raumbearbeitung. Etwa 50 Städte stellen auf einheitlicher Datengrundlage und für vergleichbare räumliche Einheiten unterhalb der Gemeindeebene Daten aus den Bereichen Bevölkerung, Soziales, Gebäude und Wohnungen sowie Liegenschaftskataster einer Zentralstelle zur Verfügung. Das Amt 12 lieferte 1988 bereits ein großes Tabellenpaket mit Stadtteilangaben und wird sich auch in Zukunft beteiligen.

Sehr zahlreich waren im gesamten Berichtszeitraum Anfragen insbesondere von planenden Dienststellen der Verwaltung und von Unternehmen nach meist kleinräumiger Aufbereitung der anonymisierten Statistik-Dateien aus dem Einwohnerwesen, der Bautätigkeit und dem Kraftfahrzeugbestand. Teilweise konnten sie durch Verwendung von Standard-Programmen beantwortet werden. Rund fünfzigmal jedoch waren die Anforderungen hinsichtlich der Merkmalsausweisungen und/oder der räumlichen Einheiten so speziell, daß jeweils ein neues Programm zu erstellen war. Infolgedessen wurde ein weiterer Bildschirmarbeitsplatz eingerichtet, und mehrere Mitarbeiter nahmen an ADV-Lehr- gängen teil.

An Einzelanfragen, die nahezu alle Arbeitsgebiete der Abteilung tangierten, wurden

1986 205  
1987 226  
1988 281

beantwortet.

### 12/3 – Stadtforschung und Daten- analyse, Veröffentlichungswesen

Anfang 1986 konnten die Ergebnisse einer großen Repräsentativbefragung Düsseldorfer Bürger vorgelegt werden, welche u.a. Fragen zur Kommunalplanung und -politik, zum Wohnen und zum Infrastrukturangebot enthielt. Anschließend wurden die Düsseldorfer Daten im Rahmen eines interkommunalen Vergleichs entsprechenden Umfrageergebnissen in anderen nordrhein-westfälischen Städten gegenübergestellt.

Durch eine umfangreiche prognostische Untersuchung wurden 1986 wichtige Grundlagedaten für eine von der Rheinischen Bahngesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Planungsamt (Abt. Verkehrsplanung) durchgeführte Gesamtverkehrsuntersuchung für Düsseldorf zur Verfügung gestellt. Als räumliches Bezugssystem wurde von der Rheinischen Bahngesellschaft eine besondere Verkehrszellengliederung in 250 Verkehrszellen vorgegeben, für welche Einwohner-, Erwerbs- personen- und Arbeitsplatzzahlen bis zum Jahr 2000 vorzuberechnen waren.

Im Jahre 1987 wurde mit den Arbeiten für eine grafische Großstadtgeschichte Düsseldorfs zum Stadtjubiläum 1988 begonnen. Das hierzu erforderliche Quellenstudium und die Zusammenstellung historischer Daten zu über 100jährigen Zeitreihen gestalteten sich schon aufgrund der vielfältigen Vergleichs- störungen sehr zeitaufwendig. Mit farbigen grafischen Darstellungen wurden die Entwicklungen in allen wichtigen Lebensbereichen in Düsseldorf seit dem Jahre 1882 veranschaulicht. Dieses bisher in der deutschen Kommunalstatistik neuartige Informationskonzept war nur aufgrund der intensiven Weiterentwicklung der grafischen Datenverarbeitung möglich. Obwohl dieser Beitrag trotz der weitgehend personellen Doppelbelastung durch den Einsatz bei der Volkszählung 1987 rechtzeitig fertiggestellt werden konnte, scheiterte die Veröffentlichung letztlich an den hohen Druckkosten.

Von den im Berichtszeitraum durchgeführten Untersuchungen, deren Ergebnisse in Sonderveröffentlichungen publiziert wurden, sind einige besonders zu erwähnen: Zwei Veröffentlichungen beschäftigten sich mit der Wohnungssituation in Düsseldorf, die im Berichtszeitraum von zunehmenden Schwierigkeiten gekennzeichnet war. Zum Jahresende 1986 erschien ein Beitrag, der Einwohner- und Wohnungsstrukturen auf Stadtteil- und Blockebene untersuchte. Anfang 1988 erschien eine statistische Information, die sich insbesondere mit der Situation einkommensschwacher Haushalte auf dem Düsseldorfer Wohnungsmarkt beschäftigte.

In einem Beitrag über die ausländischen Einwohner in Düsseldorf wurde nicht nur die aktuelle Situation, sondern in einem Rückblick auch die Entwicklung des ausländischen

Bevölkerungsanteils seit dem vorigen Jahrhundert dargestellt.

Wesentliche wirtschaftsstatistische Daten für Düsseldorf lieferte die Handels- und Gaststättenzählung 1985, deren Ergebnisse umfassend analysiert und dokumentiert wurden.

In den Berichtszeitraum fiel nur eine Wahl, nämlich die Bundestagswahl Anfang 1987. Bei der Analyse der Wahlergebnisse nach Alter und Geschlecht wurde erstmalig ein mit Hilfe der ADV beschleunigtes Erfassungsverfahren eingesetzt. Die Feststellung und die Aufbereitung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik bedurften so nur eines Zeitraumes von 2 Arbeitstagen.

Dank des Programmsystems SAS-Graph wurden Themenkarten für Stadtteile und Wahlbezirke ein fester Bestandteil der verschiedenen Veröffentlichungen. Die entsprechenden Koordinaten wurden von der grafischen Datenbank bei Amt 18 übernommen, nachdem sie von der Abteilung 1 digitalisiert worden waren.

Mit Hilfe entsprechender Hard- und Software konnte die Darstellung statistischer Daten in Grafiken bedeutend erweitert werden. Neben SAS-Graph bewährte sich zunehmend das grafische System GDDM (Graphical Data Display Manager). Voraussetzung für die Einsetzung dieser Software war die Umstellung auf das Dialogverfahren TSO (Time Sharing Office). Die Umstellung auf das Dialogverfahren bedeutete die Ablösung des bisherigen Batch-Verfahrens, womit auch umfangreiche Programmumstellungen verbunden waren, z.B. von DABANK auf SAS.

Zum Jahresende 1988 waren in der Abteilung acht Bildschirmarbeitsplätze vorhanden, darunter drei mit grafikfähigen Bildschirmen sowie grafikfähigen Tischdruckern.

Im Rahmen der Vorbereitungen auf die Auswertung der Volkszählung 1987, deren allererste Ergebnisse Ende 1988 veröffentlicht werden konnten, wurden die Daten der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1970 sowie der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 kleinräumig aufgearbeitet, und zwar in einer mit den Ergebnissen der Zählung 1987 vergleichbaren kleinräumigen Gliederung (Blöcke).

Abgesehen von den periodischen Veröffentlichungen wie dem Statistischen Jahrbuch der Landeshauptstadt Düsseldorf und den vierteljährlichen Mitteilungen „Düsseldorf in Zahlen“ sind im Berichtszeitraum folgende Veröffentlichungen des Amtes erschienen:

Statistische Informationen:

Nr. 218 – Interkommunaler Vergleich von Ergebnissen aus repräsentativen Bürgerbefragungen in den Rheinischen Großstädten Düsseldorf, Duisburg, Köln und Krefeld

Nr. 219 – Die Nutzung von kulturellen Angeboten, Freizeiteinrichtungen und Sportanlagen in Düsseldorf

Nr. 220 – Zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987

Nr. 221 – Zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 in Düsseldorf – vorläufige Ergebnisse –

Nr. 222 – Ergebnisse der Bundestagswahl 1987 nach Alter und Geschlecht – Repräsentative Wahlstatistik –

Nr. 223 – Volkszählung 1987

Nr. 224 – Die wirtschaftliche Bedeutung von Handel und Gastgewerbe in Düsseldorf

Nr. 225 – Der Wohnungsmarkt für Haushalte mit geringem Einkommen in Düsseldorf

Nr. 226 – Erste Ergebnisse der Volkszählung 1987 in Düsseldorf

Beiträge zur Statistik und Stadtforschung:

Heft 33 – Zur Wohnungssituation in Düsseldorf

Heft 34 – Die ausländischen Einwohner der Stadt Düsseldorf

## 12/4 – Volkszählungs-Erhebungsstelle

Zur Organisation und Durchführung der Volkszählung gemäß Volkszählungsgesetz vom 8.11.1985 wurde die Düsseldorfer Erhebungsstelle am 1.9.1986 gegen die übrige Verwaltung abgeschottet und am 1.12.1986 nach Beendigung aller Arbeiten und nach Freigabe durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW wieder aufgelöst. Die Abschottung des Zählungsbüros im TVG II in der Brinckmannstraße war in räumlicher, organisatorischer und personeller Hinsicht. Gesetzliche Grundlagen der Zählung waren das bereits erwähnte Volkszählungsgesetz (BGBl. I S. 2078), das Gesetz über Statistik für Bundeszwecke in der novellierten Fassung vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462) und auf der Basis dieser Gesetze des weiteren die Durchführungsverordnung für Nordrhein-Westfalen (DV VZG 87 NW) vom 8.7.1986 (GV NW 1986 S. 536-537) sowie der Runderlaß des Innenministers vom 17.7.1986 (MBL. NW 1986 S. 998).

Die Arbeit der Düsseldorfer Erhebungsstelle verlief sehr erfolgreich, denn zum einen konnte Düsseldorf als erste unter den bundesdeutschen Großstädten mit 500 000 und mehr Einwohnern die Volkszählung beenden – zum Jahresende 1987 waren die letzten Erhebungsbogen fertig zur Ablieferung an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW – und zum anderen wurde hier mit 8,21 DM je Einwohner (einschließlich der Kosten für das Stammpersonal) sehr kostengünstig gearbeitet.

Die im Vorfeld der Zählung groß angekündigten Boykottmaßnahmen gegen die Volkszählung fanden in Düsseldorf weitgehend nicht statt. Insgesamt mußte in 64 711 Fällen die Rückgabe der Erhebungsunterlagen ange-mahnt werden, in 30 Fällen wurde ein Heranziehungsbescheid verschickt und in 3 Fällen mußte ein Zwangsgeld in Höhe von 200,- DM festgesetzt werden. Dieser Erfolg

ist wahrscheinlich mit der umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit in Verbindung zu bringen:

Dazu wurden die ausländischen Mitbürger – dank der Mithilfe zahlreicher konsularischer Vertretungen – in ihrer Landessprache über die bevorstehende Zählung schriftlich informiert und der Besuch eines(r) Zählers(in) angekündigt. In öffentlichen Gebäuden wurden Informationsmaterial ausgelegt und Plakate aufgehängt, in der Zeit vom 4.5. – 17.5.1987 auch an 260 Litfaßsäulen im gesamten Stadtgebiet. Die Erhebungsstelle ging mit zahlreichen Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit, worin auch das Angebot gemacht wurde, bei Bedarf das Informations-telefon in der Erhebungsstelle anzurufen, das für acht Wochen von morgens 7.00 Uhr bis abends 20.00 Uhr besetzt war und von den Bürgern stark frequentiert wurde. Für die Zähler wurde ein gesonderter Telefondienst installiert, kompetente Mitarbeiter besuchten auf Einladung Veranstaltungen von politischen und sozialen Gruppierungen, um vor Ort über die Zählung zu informieren und sich den Fragen zu stellen. Des weiteren wurde durch eine bauliche Maßnahme am Eingang zur Erhebungsstelle ein Schalter eingerichtet, an dem Fragen beantwortet wurden und Informationsmaterial ausgegeben wurde. Hier konnten auch Erhebungsunterlagen direkt abgegeben werden.

Die Berufung der Zähler bereitete in Düsseldorf keine Schwierigkeit. Durch Beilagen in den Gehaltsblättern (s. u.) unter dem Slogan „Wie wär's mit einem 1000er zusätzlich zum Urlaub?“ konnten ausreichend freiwillige Zählerinnen und Zähler gewonnen werden.

### Zeitlicher Ablauf

Ab Juni 1986

- Beginn der umfangreichen Vorarbeiten mit
- der Einteilung des Stadtgebietes in 2042 Zählbezirke
- baulichen Maßnahmen in der Tiefgarage zur Schaffung eines Lagerraumes für das umfangreiche Erhebungsmaterial
- der organisatorischen Vorplanung der Gebäudevorerhebung
- der Einrichtung einer zentralen Poststelle.

Neu im Zählungsgesetz war die Möglichkeit der postalischen Rückgabe der VZ-Unterlagen. Dieses kam nach Auskunft der Deutschen Bundespost während des Zählungsverlaufes in 213 500 Fällen vor, davon ca. 65 % Haushaltshefte, 25 % Gebäudebogen und 10 % Arbeitsstättenbogen.

November 1986

Zählerwerbung außerhalb der Stadtverwaltung, z.B. in Ministerien, Landesämtern und beim Arbeitsamt mit Rückmeldekarten

25.11.1986

Stichtag der Gebäudevorerhebung  
Düsseldorf machte von der Möglichkeit

Gebrauch, diesen Zählungsteil 6 Monate vor dem eigentlichen Zählungsstichtag durchzuführen, um das aus 5 Teilen bestehende Zählungsgeschäft (Volks-, Berufs-, Arbeitsstätten-, Wohnungs- und Gebäudeerhebung) zu entzerren. Dieser Zählungsteil erfolgte postalisch, die Adressen der Hauseigentümer bzw. -verwalter wurden – gemäß § 11 Abs. 2 VZG (Anm.: § 11 VZG regelt die Datenübermittlung an die Erhebungsstelle) – der Grundsteuerdatei entnommen und von Amt 18 gedruckt.

Januar 1987

Zählerwerbung innerhalb der Stadtverwaltung mit Rückmeldekarten in den Gehaltsblättern

15.1.1987

Inkrafttreten der Dienstanweisung für die Erhebungsstelle

Ende Januar 1987

Mahnlauf zur Gebäudevorerhebung

Das in Düsseldorf verwandte Mahnverfahren zeichnete sich vor allem durch Effizienz und Zeitersparnis aus: Jedem Fall (also jedem Hauseigentümer oder -verwalter und zur Haupterhebung jeder Person und jeder Arbeitsstätte) wurde eine laufende Nummer zugeordnet. So brauchte im Mahnfall nur diese Nummernfolge am Computer eingegeben zu werden, welcher dann per Programm die entsprechende Anschrift zugeordnet und auf das Mahnschreiben gedruckt wurde.

Februar 1987

Zuordnung von Zählbezirken zu den Zählern

Die Zähler, die sich allesamt freiwillig gemeldet hatten, setzten sich wie folgt zusammen:

städt. Beamte und Angestellte	48,4 %
Bedienstete von Bundes- und Landesbehörden	15,4 %
Angehörige und Bekannte von Behördenbediensteten (einschl. städt.) und Freiwillige aus der Bevölkerung (einschl. 50 Arbeitslose)	36,2 %

Die Zählbezirke umfaßten im Schnitt 180 Zähl-einheiten (= Haushalte und Arbeitsstätten), durchschnittlich erhielten die Zähler 842,-DM für die Bearbeitung derselben.

März/April 1987

- Erstellung des Zählerschulungskonzeptes
- Packen der Zählerkoffer
- Einrichtung eines Telefondienstes für Bürger
- Versand von 44 500 Postkarten an ausländische Mitbürger in türkischer, serbo-kroatischer, italienischer, griechischer, spanischer, portugiesischer, englischer, französischer und japanischer Sprache, in denen über die VZ informiert und der Besuch eines Zählers angekündigt wurde.

Mai 1987 (VZ-Stichtag: 25.5.1987)

- Durchführung von Zählerschulungsveranstaltungen im Hörsaal des Studiengebäudes an 6 Tagen

- Verteilung der Erhebungsunterlagen
- Einrichtung eines Zählertelefondienstes
- Durchführung von Informationsveranstaltungen zur VZ auf Einladung

tungen zur VZ auf Einladung

Juni 1987

- Aufteilung des Saalpersonals in 10 Gruppen
  - Schulung der Gruppenleiter
- Die Personalstärke variierte: Die Mitarbeiter wurden in zeitlichen Abstufungen eingestellt und erreichten mit 59 den Maximalwert.

9. - 19.6.1987

Abgabe der Koffer durch die Zähler

ab Mitte Juni 1987

Aufbereitung der Erhebungsunterlagen in den Arbeitsgruppen nach Zählbezirken

- 1) Vollzähligkeitskontrolle mit unterschiedlicher Markierung für „vorhanden“ und „nicht vorhanden“ in der Namens-Adressenliste

- 2) Eingabe der lfd. Nummern der Mahnfälle in den Computer
- 3) Druck der Mahnschreiben in Amt 18

Juli 1987

1. Mahnlauf mit 7 738 Fällen

28.8.1987

Ablieferung der ersten Unterlagen an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW

September 1987

2. Mahnverlauf mit 56 973 Fällen

21.10.1987

13.11.1987

11.12.1987

weitere Liefertermine an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW

15.12.1987

Änderung der Dienstanweisung vom 15.1.1987: „Die Arbeit der Erhebungsstelle ruht ab 1.1.1988“

5.1.1988

Letzte Lieferung von Unterlagen an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW

Januar/Februar 1988

Gesonderte Arbeitsstättenaktion: Erneute Verschickung von Arbeitsstättenbögen an die Arbeitsstätten, von denen noch keine Bogen vorlagen. Wie bei dieser „Nacherfaß-Aktion“ festgestellt wurde, handelte es sich vielfach um nicht mehr existente Arbeitsstätten, z. B. von Freiberuflern, die sich zur Ruhe gesetzt hatten.

1.12.1988

Auflösung der Erhebungsstelle und Vernichtung aller VZ-Unterlagen, nachdem das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW am 23.11.1988 schriftlich bestätigte, daß alle Erhebungsbogen ordnungsgemäß bearbeitet wurden und keine Rückfragen mehr erfolgen.

## Amt 13 – Presseamt

Amtsleiter: Hans-Joachim Neisser

In den Jahren 1986, 1987 und 1988 konzentrierte sich die Arbeit des Presseamtes auf wesentliche Abschnitte der Düsseldorfer Stadtgeschichte und des Stadtumbaus: 1986 war Düsseldorf 40 Jahre Landeshauptstadt. 1987 fand die Bundesgartenschau mit 7,3 Millionen Besuchern statt. 1988 feierte die Stadt ihr 700jähriges Bestehen. Alle Ereignisse spielten in der Arbeit des Amtes eine hervorragende Rolle und erforderten für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein starkes Engagement. Dem Stadtjubiläum ist dabei in diesem Verwaltungsbericht ein eigenes Kapitel gewidmet. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang die besondere Rolle des Amtsleiters des Amtes 13, dem auch die gesamte Koordination für das Stadtjubiläum oblag. Schon daraus ist auch abzulesen, welche zusätzlichen Aufgaben im Jubiläumsjahr auf dem damit vorgezeichneten kurzen Weg auf alle Mitarbeiter des Presseamtes zugekommen sind.

Zur Information der Bevölkerung bediente sich das Presseamt wieder der Möglichkeit, spezielle Themen, Vorhaben und Projekte mit besonderen Publikationen (Broschüren, Faltblättern, Postern) vorzustellen. Bestimmende Faktoren für diese Art der Öffentlichkeitsarbeit waren dabei die Großveranstaltungen der Jahre 1986 bis 1988. Das NRW-Fest, die Bundesgartenschau und das Stadtjubiläum wurden mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit begleitet. So zeichnete das Presseamt beispielsweise verantwortlich für eine Reihe

von Programmfaltblättern. Außerdem wurde eine eigene Dokumentation „40 Jahre Landeshauptstadt“ herausgegeben. Auf einem speziell zu diesem Thema entworfenen Poster lud Düsseldorf die Bewohner der Region in die Landeshauptstadt ein.

Flankierende Öffentlichkeitsarbeit leistete das Presseamt auch bei der Bundesgartenschau. Die im Amt entwickelte Serie der Faltblätter über die Düsseldorfer Parkanlagen wurde vervollständigt. Neu entstanden weitere Produktionen zum Grün-Bereich wie Baumpate, Baumschutzsatzung und die Broschüre „Grüne Wände“.

Zusätzliche erwähnenswerte Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit in diesen drei Jahren: Das Material der 1986 vom Presseamt konzipierten Ausstellung „Stadt im Umbau“ wurde erneut aufgearbeitet und in Form einer repräsentativen Broschüre veröffentlicht. Inzwischen 10.000mal gedruckt, hat sie sich zu einem Nachschlagewerk über die Stadtentwicklung der letzten zwanzig Jahre entwickelt. 1987 öffnete der Neubau des Löbbecke-Museums + Aquazoo seine Pforten. Das Ereignis wurde mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit begleitet: Ein „Einladungsfaltblatt“ – 50.000 Exemplare – wurde hergestellt und unter anderem auch an die Besucher der Bundesgartenschau verteilt. Ein eigenes Plakat richtete sich an die Bewohner der Region. Schließlich wurde anlässlich der Eröffnung unter Federführung des Presseamtes eine auf-

wendige Broschüre herausgegeben. Insgesamt 50.000 Exemplare davon konnten binnen eines Jahres verkauft werden, wodurch eine fast vollständige Kostendeckung erzielt wurde. Der Erfolg der intensiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Attraktivität des Hauses ließen sich in diesem Fall sogar in Zahlen festhalten: Bereits nach weniger als zwölf Monaten hatte die Besucherzahl die Millionen-Grenze überschritten.

In den Berichtszeitraum fiel auch die Eröffnung der U-Bahn auf der Strecke zwischen Bahnhof Heinrich-Heine-Allee bis zum Hauptbahnhof im Mai 1988. Für das Presseamt, das seit Beginn des U-Bahn-Baus im Jahr 1973 die Information der Bevölkerung besorgt, war dies Anlaß, noch einmal verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Den Düsseldorfern und den Pendlern aus der Region wurden dabei die Vorzüge des neuen Systems – vor allem in Kombination mit der zum gleichen Zeitpunkt eröffneten Ost-West-S-Bahn – vor Augen geführt. Unterstrichen wurde auch die Bedeutung des U-Bahn-Baus für die Innenstadt im Rahmen des Stadtumbaus. Mit Auflagen von je 200.000 Exemplaren entstanden Faltblätter, die über die Umleitungen vor der Eröffnung sowie über die Eröffnung selbst, unterrichteten. Zum Beginn des U-Bahn-Betriebes wurde wieder in der Region plakatiert.

In einem Modellversuch hat das Presseamt 1987 in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum der Volkshochschule begonnen,

Videodokumentationen herzustellen. Die bereits 1988 abgeschlossenen Arbeiten behandeln die Themen Fertigstellung des Bertha-von-Suttner-Platzes, Eröffnung Aquazoo, Japanisches Feuerwerk im Jahr 1987 und 700 Jahre Düsseldorf. Die Arbeiten wurden 1988 fortgesetzt und haben spezielle Themen des Stadtjubiläums, zum Beispiel die Fahrt des Jubiläumsfloßes, zum Inhalt. Diese Videos waren bei Redaktionsschluß des Verwaltungsberichtes noch nicht abgeschlossen.

Deutlich gewachsen ist das Angebot an Ausstellungen und sonstigen Kulturaktivitäten, für die die Pressearbeit zu leisten war. Dazu zählten fast 300 Ausstellungen in den Kulturinstituten der Landeshauptstadt. Für einige wurden besondere Schwerpunkte (spezielle Pressemappen, Faltblätter, längerfristig angelegte und vielfältige Pressekampagnen, intensive Berichterstattung) gesetzt: 1986 zur Eröffnung der Kunstsammlung NRW, Nordische Wochen mit Ausstellung „Licht des Nordens“, 1987 bei Miró-Ausstellung, Kunst in der Bundesgartenschau, Eröffnung des Löbbecke-Museums + Aquazoo, Wiedereröffnung Goethe-Museum, 1937-Projekt der Düsseldorfer Kulturinstitute, Eröffnung Mahn- und Gedenkstätte und 1988 bei Grundsteinlegung und Richtfest für den dritten Bauabschnitt Stadtmuseum, Schwerpunkt Kunst-Achse, Aufstellung Stadterhebungsmonument, Ausstellung BINATIONALE, Wiedereröffnung von Theatermuseum und Heine-Institut, Ausstellung Keramik vom Niederrhein und Verleihung des Heinepreises.

Die intensivste Arbeit für ein einzelnes Institut galt dabei dem neuen Löbbecke-Museum + Aquazoo mit mehreren themen- und zielgruppen-spezifischen Pressekonferenzen (Lokalpresse, Architektur-Fachzeitschriften, überregionale Presse) sowie dem umfangreichen Engagement bei der Herstellung des Buches, mit dem das Haus vorgestellt wurde.

Das gestiegene kulturelle Angebot spiegelt sich auch in der vom Presseamt herausgegebenen Quartalszeitschrift „Düsseldorfer Museen“ wider. Während früher zwölf Seiten pro Ausgabe genühten, sind heute immer 16 Seiten nötig – ohne daß für einzelne Themen mehr Platz eingeräumt wurde. Die Nachfrage nach diesem Heft übersteigt bei weitem die Auflage (10.000).

Weiterhin gab das Presseamt in den Berichtsjahren seinen täglichen Pressedienst an die Tageszeitungen, Wochenblätter, Redaktionen von Hörfunk und Fernsehen sowie Presseagenturen heraus. Zunehmende Bedeutung für die schnelle Information bekam dabei das im Amt installierte Telefax-Gerät. Die Ausrüstung praktisch des gesamten Amtes mit Bildschirmen, die über den zentralen Rechner der Stadtverwaltung auch untereinander verbunden sind, bedeutete eine Beschleunigung des Arbeitsablaufes für die Herstellung des Pressedienstes. Über den Pressedienst als wichtigstes und schnellstes Informations-

medium wurden im Jahr 1986 (2.387) Meldungen, im Jahr 1987 (3.021) und 1988 (3.042) verbreitet. Die erheblichen Steigerungen in den Jahren 1987 und 1988 werfen ein bezeichnendes Licht auf die Einbindung des gesamten Amtes in die Aktivitäten rund um die Bundesgartenschau und das Stadtjubiläum.

Fortschreitender Ausbau und Differenzierung der Medienlandschaft (Regional- und Privatfunk, Szeneblätter, Anzeigenblätter, stadtteilbezogene Blätter) haben die Presseverteiler erheblich anwachsen lassen. So kletterte allein die Zahl der im Kulturbereich vertretenen Redaktionen und Redakteure innerhalb von zehn Jahren um das dreifache auf fast 550. Fast 300 Redaktionen im regionalen und überregionalen Bereich werden einmal in der Woche mit wichtigen Informationen aus dem weiten Feld der Stadtverwaltung versorgt. Insgesamt werden jetzt mehr als 900 Medien, Redaktionen und Redakteure über das Presseamt mit Nachrichten aus Düsseldorf bedient. Dabei wurde die Ansprache weiter gezielt ausgerichtet, so zum Beispiel für die Themen Feuilleton, Architektur, Ausländer, Frauen, Wirtschaft und Sport. Wegen der aufwendigen Pflege der Verteiler wurde das gesamte Adressenmaterial in die zentrale Adreß-Datei des Hauptamtes überführt.

Ungebrochen ist die Attraktivität des Pressespiegels für die Unterrichtung der Rats- und Verwaltungsspitze. Er enthält täglich die kommunalpolitisch bedeutsamen Beiträge aus mehr als 40 Tageszeitungen und Zeitschriften. Neben der Berichterstattung in Düsseldorf selbst schlagen sich hier auch Beiträge aus anderen Großstädten und Regionen sowie dem Umland der Landeshauptstadt nieder. Ende 1988 lag die produzierte Auflage bei 146. Zu den Aufgaben des Amtes hat sich auch die Dokumentation der regionalen Fernseh-Berichterstattung gesellt. Eigene Aufzeichnungsgeräte wurden angeschafft.

Der Erfolg der vom Presseamt im Zuge der baulichen Umgestaltung des Rathauskomplexes eingerichteten regelmäßigen Führungen durch das Rathaus hat sich weiter bestätigt. Mehr als 4.000 Teilnehmer wurden in jedem Jahr gezählt. Ende 1988 stand der Besuch des 20.000 Teilnehmers unmittelbar bevor. Bei den Großveranstaltungen im Rahmen des Altstadtfestes und der Geburtstagsparty zum Stadtjubiläum kamen in die Stadt-Information 6.000 bzw. 8.000 Besucher. Ausstellungen des Presseamtes hier waren im Jahr 1987 der sowjetischen Hauptstadt Moskau und 1988 den Städten Haifa und Warschau gewidmet.

Als Brücke in die alte Heimat erwies sich das vom Presseamt herausgegebene „Düsseldorf Magazin“, das sich an ehemalige Bürger der Landeshauptstadt in aller Welt richtet. Zahlreiche Zuschriften von allen Kontinenten belegen dies deutlich. In umfassenden Reportagen beschreibt es die vielfältigen Aspekte des täglichen Lebens in Düsseldorf. Unter den

Empfängern sind die deutschen Schulen im Ausland genau so wie zahlreiche Botschaften der Bundesrepublik in aller Welt.

Im Berichtszeitraum erschien weiterhin wöchentlich das „Düsseldorfer Amtsblatt“ als amtliches Bekanntmachungsorgan der Stadt Düsseldorf. Im redaktionellen Teil standen die Arbeit des Rates, der Ausschüsse, der Bezirksvertretungen und der Stadtverwaltung im Mittelpunkt. Die Auflage betrug Ende 1988 rund 5.300.

Für die gesamte Stadtverwaltung wickelte das Presseamt das Anzeigengeschäft ab. Dies gilt in erster Linie für alle Stellenanzeigen, den gesamten Kulturbereich sowie amtliche Bekanntmachungen und Vergaben als zusätzliche Information in der Tages- und Fachpresse. Das Anzeigenvolumen lag im Jahr 1988 bei 600.000 DM.

### Das Stadtjubiläum

1988 feierte Düsseldorf sein 700jähriges Stadtjubiläum. Frühzeitig begannen die ersten Überlegungen, zunächst beim Hauptamt, dann bei der Kulturverwaltung. Im Oktober 1986 übertrug der Oberstadtdirektor dem Leiter des Presseamtes die Koordination für das Stadtjubiläum. Ihm stand die Koordinierungsstelle Stadtjubiläum mit einem Team von zwei Mitarbeitern, einer Mitarbeiterin und einer Schreibkraft für diese Aufgabe zur Verfügung.

Als großes zentrales Ereignis hatte die Verwaltung eine Publikums-Ausstellung „Der Rhein“ vorgeschlagen. Im Dezember 1985 stellte der Rat für die wissenschaftliche Erarbeitung der Ausstellung einen Betrag von 1,5 Millionen Mark bereit. Verträge wurden zwischen Stadt und Universität geschlossen. Als im Sommer 1986 die ersten Kostenberechnungen vorlagen, begann eine kontroverse Erörterung des Projektes und trotz eines reduzierten Kostenplanes sprach sich der Rat am 29. Januar 1987 gegen die Realisierung der Ausstellung aus. Es blieb der Auftrag an die Verwaltung, das Material zu sichern, was in Form der Publikation „Der Rhein – Mythos und Realität eines europäischen Stromes“ geschehen ist.

Nach dem Wegfall des zentralen Ausstellungsprojektes begannen neue, aber schließlich ergebnislose, Diskussionen über eine adäquate Ersatzveranstaltung. Am 12. Oktober 1987 konnte dann endgültig das Festprogramm mit mehr als 250 Veranstaltungen vom Hauptausschuß beschlossen werden. Der Gesamtetat war mit 4,1 Millionen Mark festgelegt.

Die Mischung des Programms ist rückblickend als gelungen anzusehen. Da war der heimatgeschichtliche Auftakt zu Beginn des Jahres. Dann folgten mehrere kulturelle

Schwerpunkte – vom Rheinischen Musikfest bis zur Kunstaussstellung „Meine Zeit, mein Raubtier“ oder die stadtgeschichtlichen Ausstellungen „Quickstep“ und „Medici“ im Stadtmuseum sowie zuletzt das Düsseldorf-Bostoner Gemeinschaftsprojekt „BiNATIONALE“. Große Ausstrahlung entwickelten zwei bedeutsame Ereignisse im Kulturbereich. Mit einem Gipfeltreffen des deutschsprachigen politischen Kabarets wurde das vier Jahrzehnte alte Kom(m)ödchen im Rahmen des Jubiläums gefeiert. Den Schlußpunkt des Jubiläumsjahres setzte die Würdigung des größten Sohnes der Stadt – Heinrich Heine. Das Heinrich-Heine-Institut konnte mit größeren Räumen neu eröffnet werden und zum siebten Male wurde der Heine-Preis vergeben, diesmal an Marion Gräfin Dönhoff.

Die großen Feste im Sommer bildeten die eigentlichen Höhepunkte, sie mobilisierten die Besuchermassen. Mehr als fünf Millionen Gäste wurden gezählt. Das „Historische Altstadtfest“ (1. – 5. Juni), das „Kö-Festival“ (27. – 28. August) und an der Spitze die „Geburtstagsparty“ (12. – 15. August) sorgten für bleibende Eindrücke. Ein Floß, das in einem Seitenarm des Rheins bei Mainz-Kastel zusammengebaut und dann 250 Kilometer stromab nach Düsseldorf schwamm, entpuppte sich als außerordentlich erfolgreiches Hilfsmittel, um Düsseldorf und sein Jubiläum in die Medien zu transportieren. Überregionale Blätter und die Fernsehanstalten nahmen sich bundesweit des Themas an; Hunderttausende kamen, um dieses Gefährt auf seinem Weg stromab und vor Düsseldorf zu erleben.

Das Konzept für die Stadtjubiläums-Aktivitäten ging davon aus, möglichst viele Gruppen in das Geschehen einzubinden. Wo bereits eingeführte Veranstaltungen aus Anlaß des Jubiläums besonders herausgehoben werden sollten, gab es von der Stadt Zuschüsse – wie für die großen Karnevalsveranstaltungen und für die Schützen. Die Schützen verbuchten bei der erstmals über 16 Tage laufenden größten Kirmes am Rhein mit über fünf Millionen Besuchern einen riesigen Erfolg. Die „Düsseldorfer Jonges“ leisteten eigene vielbeachtete Beiträge zum Stadtjubiläum, sie stifteten das Stadterhebungsmonument von Bert Gerresheim und gestalteten eine Ausstellung über die Düssel im Stadtmuseum. Die Kirchen beteiligten sich mit einem großen eigenen Pro-

gramm. Die Sportvereine veranstalteten unter der Federführung des Sportamtes und des Stadtsportbundes besondere Wettkämpfe. Zum ersten Mal feierten die verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung ein großes gemeinsames Fest.

Besondere Programmpunkte galten der Jugend: der internationale Schülerbesuch, das internationale Treffen von Jugendorchestern und die „Jamborette '88“ – ein internationales Pfadfindertreffen – zeugten dabei von der weltweiten Kontaktpflege der Landeshauptstadt. Begeistert wurde auch ein historischer Kinderumzug im Rahmen des Altstadtfestes aufgenommen, in dem etwa 1.400 Kinder und Jugendliche mit Kostümen, Requisiten und Wagen aus eigener Herstellung die Geschichte ihrer Stadt darstellten.

Zum Stadtjubiläum sind einige Bücher herausgegeben worden, die den Leser auch noch nach Jahren an den Anlaß ihres Entstehens erinnern werden. Neben der Rhein-Publikation hat das Presseamt auch ein Buch über die Düssel veröffentlicht. Das Jugendamt brachte eine für Kinder anschauliche Veröffentlichung mit dem Titel „Aufgespürt: Kinderalltag in der Stadtgeschichte“ heraus. Unter der Überschrift „Zierlich & zerbrechlich“ erschien ein Buch über die Geschichte, speziell der Berufstätigkeit von Frauen in Düsseldorf; Herausgeberin ist der Verein Frauenkommunikation e.V.

Die Post hat anläßlich des Stadtjubiläums eine 60-Pfennig-Briefmarke mit Düsseldorfer Motiven herausgegeben. Die Auflage von 35 Millionen war in wenigen Monaten fast vergriffen. Post und Stadt Düsseldorf haben gemeinsam ein Gedenkblatt geschaffen. Dieses bisher einzigartige Angebot hat bei Sammlern guten Anklang gefunden.

Über die Grenzen hinaus weisen die Beziehungen zu den befreundeten Städten. Im Jahr des Stadtjubiläums konnten die Partnerschaftsurkunden mit Karl-Marx-Stadt, Reading und Haifa unterzeichnet werden.

Ein besonderes Ereignis war die Eröffnung des neuen Landtags am 2. Oktober. Das neue Haus des Parlaments besiegelte im Jubiläumsjahr nun endgültig Düsseldorfs Rolle als Landeshauptstadt.

Die Abwicklung aller Jubiläumsaktivitäten setzte konzentrierte Vorbereitung und Kooperation voraus. Die verschiedenen Fachämter behielten zwar ihre Verantwortung für die Durchführung ihrer Veranstaltungen, doch waren übergreifende Aufgaben zu koordinieren. Für die großen Feste wurde ein Arbeitskreis „Ordnung und Verkehr“ gebildet, dem Vertreter der Polizei, der Rheinbahn, der Hilfsdienste und verschiedener städtischer Ämter angehörten. Arbeitskreise, in dem beispielsweise Anlieger und Brauereien mitarbeiten, begleiteten die Vorbereitungen der großen Feste.

Das „Historische Altstadtfest“ und das „Kö-Festival“ wurden vom Werbe- und Wirtschaftsförderungsamt organisiert. Die „Geburtstagsparty“ mit dem Floßprojekt wurde von der Koordination Stadtjubiläum selbst durchgeführt.

Das Presseamt, federführend für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, gewährleistete die Grundinformation zum Stadtjubiläum mit rund 25 Basis-Texten, stellte Fotos zur Verfügung, informierte aktuell über jede einzelne Veranstaltung, verschickte immer wieder aktualisierte Pressemappen und führte Pressekonferenzen durch. Darüberhinaus wurde eine Plakatserie entwickelt und in der Region Düsseldorf plakatiert und für jede Großveranstaltung umfassende Programmbroschüren herausgegeben.

Die Koordinierungsstelle Stadtjubiläum sorgte für die Koordination der Programmbeiträge, für kurze Wege zwischen Veranstaltern und Verwaltungsstellen und für den Informationsfluß über die Mittel des Presseamtes zu den Medien. Sie trat bei der „Geburtstagsparty“ zudem als selbständiger Veranstalter auf.

Bei der Haushaltsabrechnung wurde mit Beendigung aller Jubiläumsfeierlichkeiten ein erfreulicher Abschluß deutlich. Der im Etat gesetzte Rahmen in Höhe von 4,1 Millionen Mark wurde nicht überschritten.

Düsseldorf kann mit dem Erreichten der 700-Jahr-Feier durchaus zufrieden sein. Im Jubiläumsjahr wurde die Chance zur Selbstdarstellung im permanenten Wettstreit der konkurrierenden Städte gut genutzt.



## Amt 17 – Bezirksverwaltungsstellen

Die zehn Bezirksverwaltungsstellen in den zehn Düsseldorfer Stadtbezirken haben die Bezirksvertretungen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Sie erledigen die geschäftsführenden Arbeiten und die Öffentlichkeitsarbeit für die Bezirksvertretungen und sind die Verbindungsstellen zwischen den Bezirksvertretungen und der Fachverwaltung. Als Teil der Verwaltung vertreten sie die Verwaltungsmeinung in den Bezirksvertretungen, innerhalb der Verwaltung vermitteln sie die Entscheidungen, Anhörungsergebnisse und Empfehlungen der Bezirksvertretungen.

Daneben sind die Bezirksverwaltungsstellen als dezentrale Einrichtungen der Stadtverwaltung Anlaufstellen für die ankunft- und ratsuchenden Bürger des jeweiligen Stadtbezirkes. Sie informieren über Behörden- und Ämterzuständigkeiten und beraten die Bürger bei der Verfolgung ihrer Anliegen.

Die Bezirksverwaltungsstellen wirken in verschiedenen Projektgruppen innerhalb der Stadtverwaltung mit oder werden beteiligt, wenn Fachplanungen für den jeweiligen Stadtbezirk erarbeitet werden.

Die Bezirksverwaltungsstellen wirken außerdem mit bei den verschiedensten städtischen Maßnahmen auf Stadtteil- oder Stadtbezirksebene, wie z.B. bei Öffentlichkeitsveranstaltungen u.ä. Auf Veranlassung der Bezirksvertretungen organisieren sie unterschiedliche Veranstaltungen in den Stadtbezirken. Aus Anlaß des Stadtjubiläums 1988 wurden von den Bezirksverwaltungsstellen oder mit deren Beteiligung die Beiträge der einzelnen Stadtbezirke vorbereitet und durchgeführt. Diese Beiträge reichten von Stadtbezirksfesten bis zu kulturellen oder sportlichen Aktionen und waren in ihrer inhaltlichen Vielfalt eine Ergänzung der zentralen Veranstaltungen zum Stadtjubiläum.

Nach der am 28.01.1988 beschlossenen neuen Geschäftsordnung des Rates können in den Sitzungen der Bezirksvertretungen Fragestunden für Einwohner durchgeführt werden. § 22 der Geschäftsordnung regelt das Verfahren.

Schwerpunkthemen in der Arbeit der regelmäßig tagenden Bezirksvertretungen waren neben den Anhörungen zum Haushaltsplan-Entwurf, der Beteiligung an der Bauleitpla-

nung und zahlreichen Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und der ÖPNV-Förderung insbesondere die in vielen Stadtteilen durchgeführten Städtebauförderungs- und Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen, die Bauantragsangelegenheiten und die Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern.

Die den Bezirksverwaltungsstellen zugeordneten Verwaltungsstellen wurden Anfang 1987 in „Bürgerbüros“ umbenannt, um auch sprachlich deren Funktion als Anlaufstelle für die Bürger zu verdeutlichen und Wechselungen mit anderen Dienststellen und Behörden auszuschließen. Neue gesetzliche Regelungen z.B. für die Ausstellung von Personalausweisen und Reisepässen sowie die Anerkennung von Kindererziehungsleistungen führten allgemein zu einer stärkeren Inanspruchnahme der Bürgerbüros. Als „Publikumsmagnet“ hat sich die verlängerte Öffnungszeit donnerstags bis 18.00 Uhr erwiesen. Nach der Schließung des Bürgerbüros Derendorf im Mai 1988 stehen den Bürgern insgesamt 14 Bürgerbüros zur Verfügung, darunter fünf als Außenstellen mit eingeschränkten Öffnungszeiten.

## Amt 18 – Amt für automatisierte Informationsverarbeitung

Amtsleiter: Wolfgang Wissing

### 1. Allgemeine Betrachtungen

Der Berichtszeitraum 1986 – 1988 stand für den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken (IK-Techniken) bei der Stadt vorwiegend unter den Prämissen

- einer Konsolidierung bereits laufender Anwendungen,
- einer Erweiterung von Online-Verfahren (dialoggestützte Sachbearbeitung mit Bildschirmarbeitsplätzen, dezentralen Druckern bzw. „Workstations“) einschl. der integrierten Textverarbeitung – s. Abb. 1 –,
- einer Zusammenführung der Verantwortung für alle technischen Betriebsbereiche der Datenverarbeitung in der Abteilung 4 des Amtes (Zentrales Rechenzentrum, grafisches Zeichen- und Vollzugszentrum für die technische Verwaltung sowie Laserdruck- und Mikrofilsysteme) und
- des Einsatzes neuer Anwendungen insbesondere in der Ordnungs-, Schul- und Kulturverwaltung, der technischen Verwaltung sowie im Bereich Umweltschutz.

Abgesehen von der organisatorischen Zuordnung aller technischen Betriebseinheiten des

Amtes zur Abt. 4 wurde auch die Zuständigkeit der Abteilung 3 – Anwendungsentwicklung in der technischen Verwaltung – um den Bereich Umwelt und Betriebsämter erweitert.

Diese Organisationsmaßnahme resultierte aus der wachsenden Bedeutung von Umweltvorsorgemaßnahmen, die auch in der Einrichtung eines Umweltamtes zum Ausdruck kam.

### 2. Anwendungserweiterung

Maßnahmen auf dem Gebiete des Umweltschutzes (Emission, Altlasten, Grundwasserbeobachtung, Deponien, Lärmmessungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen bei der Stadtplanung) können durch Einsatz der technikunterstützten Informationsverarbeitung wesentlich unterstützt werden. Aus dieser Erkenntnis heraus hat Amt 18 den Fachämtern Dienste zum Aufbau eines Informationssystems Umwelt angeboten. Im Berichtszeitraum wurden bereits alpha-numerische Datenbestände z.B. über Meßergebnisse unterschiedlicher Art eingerichtet. Neben Dateiabfragen und statistischen Auswertungen wurde auch über die geografische Zuordnung eine grafische Präsentation möglich.

In der geografischen Datenverarbeitung ist der Aufbau eines digitalisierten Kartenwerkes (Stadtgrundkarte) soweit fortgeschritten, daß auf der Basis dieses Datenbestandes der Flächennutzungsplan der Stadt Düsseldorf neu erstellt werden konnte.

Daten über kommunale Einrichtungen und Nachweise wie Grünflächen, Kanalnetz, Baumbestände wurden erfaßt und können heute geografisch zugeordnet dargestellt werden.

Auf dem Gebiet „fließender Verkehr“ wurden Planung und Vollzug mit Simulationsmodellen sowie die Signalplanbearbeitung DV-technisch unterstützt.

Auch in der allgemeinen Verwaltung und der Kulturverwaltung wurde der Einsatz der TUIV durch neue Online-Anwendungen verstärkt:

#### Finanzverwaltung:

Mittelfreigabe und Gelddisposition

#### Ordnungsverwaltung:

Ausstellung Bundespersonalausweise und Europapässe, Volkszählung, Wahlen, Objektversicherung, Jagdregister, Abschleppungen

#### Sozialverwaltung:

Kindergärten und Mündelgelder

### Schul- und Kulturverwaltung

PC in Schulsekretariaten, Ausleihe, Stadtbüchereien, Formalerschließung von Buchbeständen, Platzbuchung für Theater- und Konzertabonnements, Veranstaltungskalender.

Durch die aufgeführten Zusatzanwendungen stieg die Gesamtzahl der bei der Stadt Düsseldorf eingesetzten TUIV-Anwendungen auf 134 (Verteilung auf die Aufgabengruppen siehe Übersicht).

Hauptgruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	Sa.	%
Anzahl der Anwendungen von der AKD erhalten	30	25	22	13	9	31	4	0	134	100
Eigenentwicklung an AKD abgegeben	4	3	10	10	1	6	0	0	34	18
	26	22	12	3	8	25	4	0	100	82
	5	4	3	1	1	5	0	0	19	13

Die wirtschaftlichen Vorteile einer über 20 Jahre bewährten kommunalen Zusammenarbeit in der AKD – Arbeitsgemeinschaft Kommunale Datenzentralen NW – werden durch den Einsatz wesentlicher bei Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft entwickelter Anwendun-

gen (= 34) deutlich (z.B. Personalabrechnungen, Meldewesen, Kfz-Zulassung, Bibliotheksverfahren, Sozialwesen). Im Austausch wurden in Düsseldorf entwickelte Anwendungen (= 19) an eine große Zahl AKD-Mitglieder (über 50) abgegeben.

### 4. Entwicklung der DV-Kosten im UA 060

Entsprechend dem Aufgabenzuwachs und den gestiegenen Anforderungen stiegen die Haushaltsmittel im Verwaltungshaushalt im Berichtszeitraum um etwa 16 %, nämlich wie folgt:

Damit betragen die DV-Kosten

0,744 % (1985) bzw.  
0,767 % (1988)

des gesamten Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt.

	1985	%	1988	%
Personalkosten	6.229.000	39	7.359.000	39
Sonstige Sachausgaben	9.874.000	61	11.292.000	61
Summen	16.103.000	100	18.651.000	100
Steigerungssatz		100		116

### 5. Ergebnis betriebswirtschaftlicher Untersuchungen

Für den Einsatz der IuK-Techniken gilt als Voraussetzung ein positives Ergebnis bei den jeweils vorangestellten Kosten-/Nutzenbetrachtungen über die Verfahrenseinfüh-

rung. Betriebswirtschaftliche Untersuchungen 1973 und 1980 haben bestätigt, daß durch diese Organisationsmaßnahmen erhebliche Einsparungen an Sach- und Personalkosten erzielt werden konnten (s. Verwaltungsbericht 1980 – 1982, Seite 24).

### 3. Technische Ausstattung

Die beschriebenen Erweiterungen in den Bereichen „Online-Verfahren“ und die neuen TUIV-Anwendungen machten eine Anpassung der Rechner- und Speicherkapazität unerlässlich. So verdoppelte sich mit Einsatz eines Großrechners der Firma IBM (3081K-48MB) im November 1986 die zentrale Leistung des Verwaltungsrechners (7 auf 14 MIPS). Engpässe bei den Adressierungsmöglichkeiten wurden durch den Wechsel des Betriebssystems (neu: MVS-XA) behoben. Schließlich wurde Mitte 1988 der Hauptspeicher des Rechners von 48 MB auf 64 MB vergrößert.

Der wachsende Datenbestand machte auch eine Erweiterung der Plattenspeicherkapazität von 1986 = 37,5 Gigabyte auf Ende 1988 = 70 GB Speicherplatz notwendig.

Interne organisatorische Maßnahmen der techn. Betriebe brachten eine verbesserte Leistungsfähigkeit des Rechenzentrums für die wachsende Zahl der Anwender. So wurde z.B. mit der Einführung eines bedienlosen Betriebes der Zugriff auf Daten außerhalb der Besetzungszeiten des Rechenzentrums (Wochenende und Feiertage) ermöglicht. Intern ablaufende Softwareprodukte unterstützen die Produktion, die Datenverwaltung, die Netzkontrolle, die Datensicherung und die Dokumentation der Verfahrensabläufe.

Schließlich wurde mit dem Einsatz zentraler Laserdrucksysteme die Qualität der Druckausgabe bei geringeren Papier- und Verarbeitungskosten erhöht.

Auf Anregung des Oberstadtdirektors und des Rechnungsprüfungsamtes wurde bei einigen ausgewählten Ämtern (mit fallbezogener Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen) die Auswirkung des Technikeinsatzes seit 1981 (bis 1988) mit folgendem Ergebnis untersucht:

Amt/ Fachbereiche	Aufgaben steig. Fallmengen	eingesp. Stellen	vermied. Stellen	Summe Stellen	Summe Pers.Kost.	Prod. Anteil
11 ZVK	Rentendynamisierung	-	12	12	775.200	0,4 %
12 Wahlen	Wahlen, Zählungen	-	10	10	646.000	-
21 Kasse	Anstieg, Buchungen 36 %	14	10	10	1.550.400	7,3 %
22 Steuern	Anstieg Veranl.Kto. 50 %	11	44	55	3.553.000	1,3 %
33 Melderegister	Ausstellung Pässe	15	8	23	1.485.800	1,9 %
36 Kfz-Zulassung	Anstieg Zulassungen 11 %	21	5	26	1.679.600	2,2 %
41 Bücherei	Anstieg Ausleihen 44 %	12	12	24	1.550.400	2,9 %
vorstehende Fachbereiche	Summe 1981 – 1988	73	101	174	11.240.400	16,0 %
	Summe 1967 – 1980 (nachger.)	-	-	178	11.498.800	-
	Einsparung / Jahr			352	22.739.200	16,0 %

Aus dieser Untersuchung wird deutlich, daß alleine bei einem auf diese Ämter entfallenden ADV-Produktionsanteil von 16 % der Gesamtproduktion die Haushaltseinsparungen die Gesamtkosten der ADV im UA 060 deutlich

übersteigen. Unter Einbeziehung der früher schon festgestellten Einsparungen bei anderen Fachämtern steigt der festgestellte Rationalisierungsgewinn (nach Abzug der Gesamtkosten der ADV) auf über 15 Mill. DM je Haus-

haltsjahr. Der Personalbestand des Amtes 18 stieg von 1985 = 90 Mitarbeiter auf 1988 = 94 Mitarbeiter an.

## Bildschirmarbeitsplätze in der Stadtverwaltung

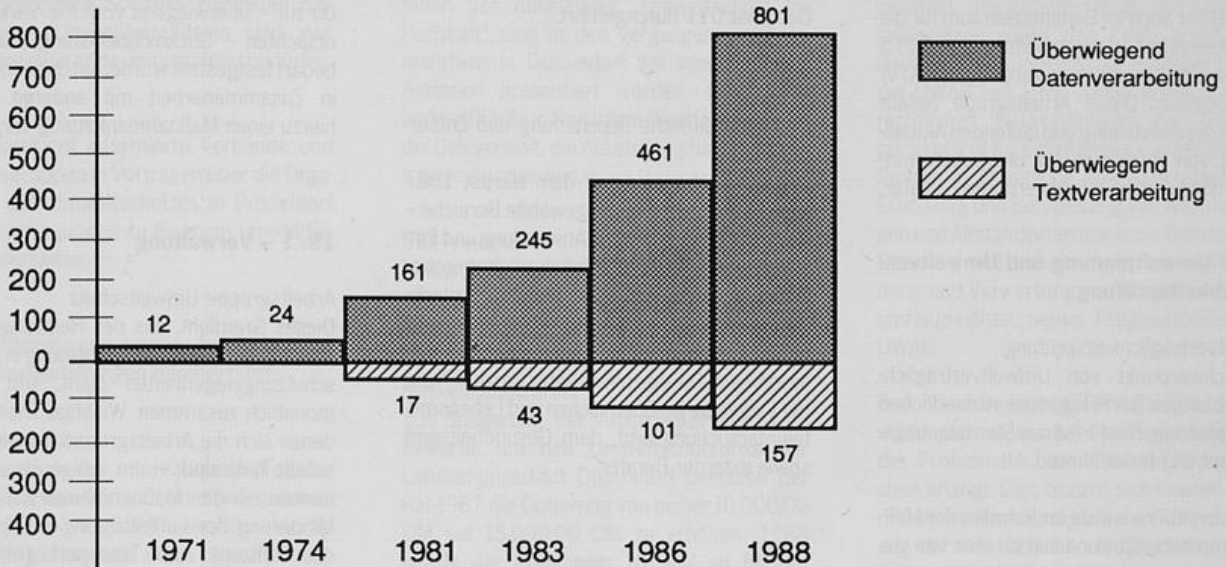


Abb.1: Entwicklung der Zahl der Bildschirmplätze

## Amt 19 – Umweltamt

Leiter: Dr. Werner Görtz

Umweltschutz ist keine selbständige Aufgabe im organisatorischen Sinne, sondern vielmehr ein Zielfeld kommunalen Handelns. Diesem Ziel müssen sich alle Mitarbeiter der Stadt Düsseldorf verpflichtet fühlen. Die Belange des Umweltschutzes sind bei der Wahrnehmung aller städt. Aufgaben zu beachten und bei Entscheidungen ihrer Bedeutung entsprechend zu berücksichtigen.

Umweltschutz und Verbesserung der Umweltbedingungen bedürfen darüber hinaus spezieller Kenntnisse und einer qualifizierten Koordination, um die verschiedenen Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung zu bündeln und die Arbeit für die Belange des Umweltschutzes wirksamer als bisher zu gestalten.

Aus diesen Überlegungen heraus ist mit Wirkung vom 01.02.88 ein Umweltamt (Amt 19) eingerichtet worden. In diesem Amt wurden zusammengefaßt

- 19/02 – Gewässerschutz- und Abfallbeauftragter (bisher: Kanal- und Wasserbauamt)
- 19/03 – Umweltplanung und Umweltverträglichkeitsprüfung (bisher: 011/2 – Koordinator für Energie und Umwelt)
- 19/1 – Verwaltung (bisher: 011/1 – Umweltbüro)
- 19/2 – Untere Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde (bisher: Kanal- und Wasserbauamt).

Das Umweltamt soll den Umweltschutz in Zusammenarbeit mit den anderen städt. Stellen intensivieren und die städt. Umweltschutzaktivitäten verwaltungsintern koordinieren.

### 19/02 Gewässerschutz- und Abfallbeauftragter

Im Berichtsjahr 1988 ist der Gewässerschutz- und Abfallbeauftragte organisatorisch dem Umweltamt angegliedert worden.

Die Wahrnehmung der gesetzlichen Überwachungs- und Kontrollaufgaben erfolgte durch Begehungen, Sichtkontrollen, Gespräche und die Entgegennahme der Betriebsberichte der Abwasser- und Abfallanlagen. Ferner wurde er beratend in Abwasser- und Abfallfragen für städt. Ämter tätig, z. B. in Fragen der Deponiesicherung und der Sickerwasseraufbereitung.

Im Rahmen seiner Aufgabe nach § 21 des Wasserhaushaltsgesetzes bzw. §11 des Abfallgesetzes, auf Verbesserungen bei der Abwasser- und Abfallbeseitigung hinzuwirken, hat der Gewässerschutzbeauftragte/Abfallbeauftragte zu folgenden Punkten Anregungen unterbreitet:

- Sortierung und Wiederverwertung von Kunststoffabfällen, mit dem Ziel, durch Klassifizierung nach den enthaltenen Kunststoffarten die Wiederverwendungsquote zu erhöhen und die Müllverbrennungsanlage zu entlasten

- Untersuchung der Abwasserströme auf organische Einzelsubstanzen, um genauere Aussagen über das Abbauverhalten einzelner Inhaltsstoffe, die für Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung von Bedeutung sind, zu erhalten
- Begrenzung des CSB in der Abwasserfassung, um eine Begrenzung der Höchstbelastung der einzuleitenden Abwässer zu erreichen.

Als zusätzliche Aufgabe oblag dem Gewässerschutz-/Abfallbeauftragten zeitweise die Leitung der städt. Kommission zur Erstellung eines Chemiekatasters. Im Rahmen der Kommissionsarbeit wurden schwerpunktmäßig bei 14 Firmen mit größeren Chemiekalialagerbeständen Betriebsbegehungen durchgeführt, bei denen die Sicherheitsfragen mit der Geschäftsleitung erörtert wurden.

In Zusammenarbeit mit dem Gewässerschutzbeauftragten der städt. Häfen und dem Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft wurde 1988 eine Untersuchung der Wasserbeschaffenheit in den Hafengewässern durchgeführt. Im Hafengebiet, das bislang nicht an das städt. Kanalnetz angeschlossen war, sind auf verhältnismäßig engem Raum unterschiedlichste Produktionsbetriebe und Lagerplätze konzentriert. Ziel der Untersuchung war, festzustellen, ob die Hafengewässer aufgrund der speziellen Situation besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Erfreulicherweise hat sich gezeigt, daß in biologischer wie

in chemischer Hinsicht keine Verschlechterungen gegenüber der Beschaffenheit des Rheinwassers erkennbar waren.

Der GSB hat auch im Berichtszeitraum für die Stadt Düsseldorf an der Arbeitsgruppe A 115 der Abwassertechnischen Vereinigung (ATV) teilgenommen. Diese Arbeitsgruppe befaßt sich mit der Aufstellung und laufenden Aktualisierung von Richtlinien für die Kanalbenutzung, insbesondere für gewerbliche Einleiter.

### 19/03 Umweltplanung und Umweltverträglichkeitsprüfung

#### Umweltverträglichkeitsprüfung

Der Schwerpunkt von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) lag in der verbindlichen Bauleitplanung; hierfür ist das Stadtplanungsamt (Amt 61) federführend.

Das Umweltbüro wurde im Rahmen der UVP-Verfahren beteiligt, zunächst als eine von vielen Verwaltungseinheiten, mittlerweile nach Einrichtung des Umweltamtes am 01.02.88 als maßgebliches Fachamt für umweltrelevante Fragen wie Bodenschutz und Altablagerungen, Klima- und Lufthygiene, Gewässerschutz, Energie u.a. Die Verarbeitung von UVP-Stellungnahmen erhielt im Berichtszeitraum erste Priorität. Für jedes UVP-Verfahren wurde von Amt 19 ein qualifizierter eigenständiger Fachbeitrag geleistet. Insgesamt betraf dies seit Einrichtung des Umweltamtes ca. 100 Bebauungsplanverfahren.

Daneben erfolgten Stellungnahmen aus umweltschützenden Gesichtspunkten zu Verkehrsplanungen, städtebaulichen Wettbewerben, Planfeststellungsverfahren und anderen Verwaltungsverfahren.

Positiv festzuhalten bleibt, daß aufgrund wiederholter intensiver Beratungsgespräche mit den Fachämtern das Verständnis für ökologische Zusammenhänge und die Bereitschaft zum umweltverträglichen Handeln größer geworden ist.

Auch in Zukunft wird das Umweltamt im Rahmen der UVP ökologisch notwendige Maßnahmen vorschlagen und versuchen durchzusetzen.

#### Energiekoordination

Im Berichtszeitraum wurden die Anstrengungen zur Energieeinsparung innerhalb der Verwaltung fortgesetzt. Dies geschah sowohl hinsichtlich technischer Maßnahmen im Bereich der städt. Gebäude und Anlagen wie auch der Spar-Motivation der Mitarbeiter. Im Mittelpunkt der letzteren Bemühungen stand die populäre Informationskampagne „Wir sparen Energie – Mit Köpfchen.“ Die Kampagne wurde zu Beginn der Heizperiode 1987/1988 durchgeführt. Sie sprach mit einem besonderen Wettbewerb außerdem die Düsseldorfer Schüler an.

Die Aufgaben des Energiekoordinators wurden, einschließlich der Stellungnahmen zu energetischen Aspekten der Umweltverträglichkeitsprüfungen, bis zum 31.01.88 im Dezernat 011 durchgeführt.

#### Umweltfreundliche Beschaffung und Entsorgung

Diese Aufgabe wird seit dem Herbst 1987 wahrgenommen. Für ausgewählte Bereiche – wie z. B. die Beschaffung, Anwendung und Entsorgung potentiell gefährlicher chemischer Mittel – wurden die Ausschreibungsunterlagen verschiedener Ämter hinsichtlich ihrer ökologischen Relevanz überprüft und ggf. modifiziert. Dies geschah unter Hinzuziehung der Fachleute im Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsamt, dem Gesundheitsamt sowie externer Berater.

#### Boden- und Pflanzenuntersuchungen

Im Rahmen des Untersuchungsprogrammes Kleingärten auf Altablagerungen wurden 44 Kleingartenanlagen untersucht. Die Untersuchung besteht aus drei Schritten, deren erster, die Deckschichtenerkundung, für alle Anlagen abgeschlossen ist. Die Folgeschritte, Boden- und Pflanzenuntersuchungen, wurden in 6 verhältnismäßig hoch belasteten Gartenanlagen durchgeführt.

Neben den fortlaufenden Boden- und Pflanzenanalysen in den Rheinüberschwemmungsgebieten Urdenbach, Himmelgeist, Hamm und Oberkassel wurden anlässlich der Aufstellung von B-Plänen in 11 Kleingartenanlagen Bodenproben vom Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsamt auf ihren Schwermetallgehalt hin untersucht.

#### Umwelt und Verkehr

Im Rahmen der Beteiligung des Umweltamtes an Verkehrsplanungen wurden 151 Straßen, 6 gebietsbezogene Wohnumfeldverbesserungs-, 10 Schienenverkehrsplanungen und der Entwurf des GVP bearbeitet. Anregungen bezogen sich in erster Linie auf die Gesichtspunkte Straßenbegrünung, Verringerung der Bodenversiegelung, Förderung von Rad-, Fußgänger- und öffentlichem Nahverkehr und methodische Hinweise zur systematischen Einbeziehung von Umweltgesichtspunkten in komplexe Verkehrsplanungen.

#### Luftmessungen

Mit Inbetriebnahme des städt. Luftmeßfahrzeuges 1988 stehen nunmehr zwei Meßwagen für Emissionsmessungen im Stadtgebiet zur Verfügung. Die anwachsende Fülle von Meßdaten der Raster- und Sondermessungen bedarf der Auswertung. Dabei gewonnene Erkenntnisse über Belastungen und ihre

Ursachen finden Eingang in Stellungnahmen des Umweltamtes zu Planungen und Vorhaben der Stadt und Dritter.

Da zur – überwiegend vom Kfz-Verkehr verursachten – Stickoxidbelastung Handlungsbedarf festgestellt wurde, hat das Umweltamt in Zusammenarbeit mit anderen Ämtern hierzu einen Maßnahmenkatalog vorgelegt.

### 19/1 – Verwaltung

#### Arbeitsgruppe Umweltschutz

Dieses Gremium, das der Herstellung einer einheitlichen Verwaltungsmeinung in Umweltschutzangelegenheiten dient, tritt einmal monatlich zusammen. Wichtige Themen, mit denen sich die Arbeitsgruppe Umweltschutz befaßt hat, sind – um einige Beispiele zu nennen – die Maßnahmenvorschläge zur Minderung der Luftbelastung in Düsseldorf, das Konzept zum Transport gefährlicher Güter, der Katalog mittelfristig zu ergreifender Umweltmaßnahmen in Düsseldorf sowie die Hotelschiffentsorgung.

#### Öl- und Giftalarmplan

Der Öl- und Giftalarmplan der Landeshauptstadt Düsseldorf, der sich in einen Melde- und Maßnahmenplan gliedert, wurde überarbeitet und aktualisiert. Der Plan wurde aufgestellt, um die Auswirkungen von Öl- und Giftunfällen so gering wie möglich zu halten.

#### Überprüfung von Chemiefirmen

Als Konsequenz aus dem Chemiegroßbrand bei der Firma Rentokil in Düsseldorf-Rath im Oktober 1987 wurden zur Überprüfung von Düsseldorfer Chemiebetrieben 2 städt. Kommissionen gebildet. Die „Umweltkommission“, die vom Umweltamt betreut wird, überprüft, ob die Angaben der Firmen im Gewerbemelderegister den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen. Die Arbeitsgruppe Chemiekataster aus Fachleuten der Feuerwehr, der Unteren Wasserbehörde und des federführenden Bauaufsichtsamtes nimmt die eigentliche Überprüfung und Beratung der Firmen vor.

#### Koordinierung in Arbeitskreisen

Unter Federführung des Umweltamtes wurden Arbeitskreise gebildet, wenn Umweltschutzangelegenheiten die Zuständigkeiten mehrerer Fachämter berührten und eine gemeinsame gezielte Bearbeitung erforderlich wurde. Derartige Projektgruppen wurden z. B. gebildet, um eine Konzeption zur Abwasserentsorgung auf Schützenplätzen, ein Entsorgungskonzept von PCB-haltigen Kleinkondensatoren u.a. zu erarbeiten.

## Informationsmaßnahmen

Die Öffentlichkeitsarbeit im Umweltschutz nahm an Stellenwert ständig zu. Zahlreiche Anfragen von Bürgern, Interessengruppen und insbesondere Schülern spiegeln das gewachsene Umweltbewußtsein und das daraus resultierende Informationsbedürfnis wider.

Das Umweltamt informierte Verbände und Besuchergruppen in Vorträgen über die Organisation des Umweltschutzes in Düsseldorf und gab Anregungen zu eigenem umweltbewußten Verhalten.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Informationsveranstaltungen durchgeführt:

### Tag der Umwelt

Weltweit wurde der internationale „Tag der Umwelt“ auf den 05. Juni eines jeden Jahres festgelegt. Um möglichst viele Düsseldorfer Bürger erreichen und über Umweltschutzmaßnahmen in unserer Stadt informieren zu können, fanden die Veranstaltungen zum Umweltschutztag – wie bereits in der Vergangenheit erfolgreich erprobt – an verkaufsoffenen Samstagen im Juni oder Juli auf dem Shadowplatz statt. An den Veranstaltungen beteiligten sich neben dem Umweltamt weitere, mit umweltrelevanten Aufgaben beauftragte Ämter und zahlreiche Düsseldorfer Umweltinitiativen. Folgende Schwerpunktthemen standen im Vordergrund:

- 1986 – Wir kaufen umweltfreundliche Produkte
- 1987 – Wasser schonen und schützen
- 1988 – Freizeit gestalten – Umwelt erhalten

### ENVITEC 1986

Auf dem Düsseldorfer Messegelände fand vom 17. – 21.02.1986 die 5. Internationale Messe und Kongress ENVITEC '86 statt. Im Info-Center Umwelt informierte das Umweltbüro in Zusammenarbeit mit dem Chemischen und Lebensmittel-Untersuchungsamt, dem Kanal- und Wasserbauamt und dem Amt für automatisierte Informationsverarbeitung über Umweltschutzmaßnahmen in Düsseldorf.

### Umweltwoche

Als Beitrag zur 700-Jahr-Feier der Stadt Düsseldorf führten Umweltamt und Umweltinitiativen die erste Düsseldorfer Umweltwoche vom 22. – 28.09.88 im Weiterbildungszentrum am Hauptbahnhof durch. Neben verschiedenen Ausstellungen der Veranstalter wurden eine Reihe von Fachvorträgen zu Umweltthemen angeboten.

### Broschüren, Informationsschriften, Ausstellungen

Das Umweltamt hat im Berichtszeitraum neue Informationsschriften für den Bürger entwickelt. Hierzu zählen das Smog-Faltblatt mit

Tips zum umweltbewußten Verhalten und die Broschüre „Umweltverbände in Düsseldorf“, die Aufgaben und Ansprechpartner bei den Umweltorganisationen benennt. Die Schautafeln der Ausstellung „Umweltschutz im Haushalt“ sind in den vergangenen Jahren mehrfach in Düsseldorf bei verschiedenen Anlässen präsentiert worden. Aber auch andere Städte in Nordrhein-Westfalen nutzten die Gelegenheit, die Ausstellung für Veranstaltungen auszuleihen.

### BTX-Angebot

In das BTX-Programm der Stadt Düsseldorf wurden Umwelttips für den Bürger aufgenommen.

### Umweltschutzpreis

Zur Steigerung der Attraktivität des Wettbewerbs um den Umweltschutzpreis der Landeshauptstadt Düsseldorf beschloß der Rat 1987 die Dotierung von bisher 10.000,00 DM auf 15.000,00 DM zu erhöhen. 1988 wurde der Preis zum 10. Mal an Bürger, Umweltinitiativen und Schulklassen verliehen, die sich in besonderem Maße für die Verbesserung der Umweltqualität in Düsseldorf eingesetzt haben.

### Umwelterziehung

Die Deutsche Umwelt-Aktion setzte im Auftrag des Umweltamtes ihre Filmvorführungen zu Umweltthemen an Düsseldorfer Schulen fort.

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Stadt Düsseldorf wurde die Handreichung für Lehrer „Umwelterziehung in Düsseldorf – Unterrichtsmaterialien für die Sekundarstufe 1“ herausgegeben. Am Beispiel lokaler Gegebenheiten soll die persönliche und sachliche Auseinandersetzung von Schülern mit dem Thema Umwelt gefördert werden.

### Zusammenarbeit mit Umweltverbänden

Vertreter Düsseldorfer Umweltinitiativen und des Umweltamtes haben einen Arbeitskreis gebildet, der sich in unregelmäßigen Abständen zu einem Gedankenaustausch und zur Planung gemeinsamer Umweltveranstaltungen zusammenfindet.

### Umwelttelefon

Das Umwelttelefon der Stadt Düsseldorf ist unter der Rufnummer 49 49 49 von montags bis freitags zwischen 7.30 Uhr und 16.00 Uhr direkt erreichbar und von 16.00 Uhr bis 7.30 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen an einen Anrufbeantworter angeschlossen. In den Jahren 1986 – 1988 wurden insgesamt fast 8.300 Anrufe registriert. Besonders bei aktuellen Anlässen (z.B. Rhein-/Nordseeverschmutzung, Tschernobyl, Smog, Sahara-Sand, Chemieunfälle und Brandfälle im Stadtgebiet, Asbest in Blumenkästen und Nachtspeicheröfen) steigt die Zahl der Anrufe rapide.

## 19/2 – Untere Wasser- und Abfallwirtschaftsbehörde

Durch die Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes, des Abfallgesetzes, des Landesabfallgesetzes sowie den Erlaß ergänzender Rechtsverordnungen ist der Aufgabenbereich der UWAB seit 1986 weiter gewachsen. Die rechtlichen Neuregelungen zur Genehmigungspflicht für Einleitungen von gefährlichen Stoffen in öffentliche Abwasseranlagen, zur Erfassung und Bearbeitung von Altablagern und Altstandorten sowie zur Beratung von Gewerbe und Industrie im Bereich Vermeidung und Verwertung von Abfällen führen zu umfangreichen, neuen Tätigkeitsfeldern der UWAB.

Besondere Bedeutung für weite Teile des Verwaltungshandelns hat im Berichtszeitraum die Problematik der Altlastenverdachtsflächen erlangt. Dies bezieht sich sowohl auf die rechtliche Umsetzung als auch auf den Vollzug der erforderlichen Maßnahmen. Im einzelnen können dies sein:

- Ordnungsbehördliche Verfügungen,
- Bedingungen und Auflagen in Genehmigungsbescheiden und Planfeststellungsbeschlüssen,
- öffentlich-rechtliche Verträge zu Bebauungsplänen oder Baugenehmigungen,
- Altlastenklauseln in Kauf- oder Verkaufsverträgen sowie in Miet- und Pachtverträgen oder
- Altlastenklauseln in Erschließungsverträgen.

Bei der Wiedernutzung von Industriebrachflächen wurde im Berichtszeitraum erstmals eine systematische Überprüfung des Altlastenverdachts mit konsequenter Sanierung festgestellter Verunreinigungsbereiche durchgeführt (Flächenrecycling).

Im einzelnen wurden von der UWAB während des Berichtszeitraumes

- 730 Wasserrechte bearbeitet und 2.250 Kontrollen durchgeführt,
- 7.800 Handmessungen an 470 Meßbrunnen zur Ermittlung von Grundwasserständen durchgeführt, 2.340 Grundwasserdiagramme sowie ca. 3.650 Regenmeßdiagramme ausgewertet, alle Daten EDV-gerecht erfaßt sowie ca. 41.200 Datensätze aufgearbeitet,
- ca. 50 Brunnenkarten und Grundwasser-geleichenpläne erstellt,
- ca. 160 Anfragen zu Grundwasserständen beantwortet,
- ca. 1.650 Grundwasseranalysen mit einem Parameterumfang zwischen 8 und 105 Parameter erfaßt und ausgewertet,
- 41 deichaufsichtliche Stellungnahmen abgegeben,

- 38 Anlagen an Gewässern genehmigt,
- 6 hochwasseraufsichtliche Genehmigungen ausgesprochen,
- 10 Stellungnahmen zu Kiesgrubenangelegenheiten erarbeitet sowie 46 Kontrollen an Kiesgruben vorgenommen,
- 26 Fischereiprüfungen für insgesamt 950 Teilnehmer durchgeführt,
- 80 fischereirechtliche Genehmigungen ausgesprochen sowie 250 Kontrollen vor Ort durchgeführt,
- 3.450 Baugesuche vorgeprüft und 770 bearbeitet,
- 110 Stellungnahmen im Rahmen der UVVP abgegeben,
- 80 Stellungnahmen zu Bebauungsplänen und 10 Stellungnahmen zu Planfeststellungsverfahren erarbeitet,
- 40 Abwasserbehandlungsanlagen genehmigt und 50 Befreiungen von der Abwasserbeseitigungspflicht ausgesprochen,
- 200 Kontrollen auf Hotelschiffen und Bootshäusern durchgeführt,
- 30 Verfügungen zur Beseitigung von Mängeln bei der Entwässerung erlassen,
- 50 Abwasservorbehandlungsanlagen genehmigt und entsprechende Kontrolluntersuchungen durchgeführt,
- 120 Chemischreinigungen die Einleitung von CKW-haltigem Kontaktwasser in die öffentliche Abwasseranlagen untersagt,
- ca. 100 genehmigungspflichtige Indirekt-einleitungen erfaßt und 65 Kontrolluntersuchungen beauftragt,
- 425 ober- und unterirdische Lagerbehälter, in denen wassergefährdende Stoffe gelagert werden, wasserrechtlich überprüft und genehmigt,
- 14 VbF-Faß- und Lacklager überprüft und wasserrechtlich genehmigt,
- für 48 Lagerbehälter die Eignungsfeststellung nach § 19 h WHG erteilt,
- für den Bereich Altölentsorgung, Schadstoff- und Retourenlager 20 wasserrechtliche Genehmigungen erteilt,
- im Rahmen von Abbruchgenehmigungen der Ausbau und die Entsorgung von 24 Lagerbehältern genehmigt und überwacht,
- im Rahmen von 46 BImSchG-Anträgen 355 Anlagen zum Lagern wassergefährdender Stoffe überprüft und genehmigt,
- ca. 55.000 Abfallbegleitscheine über 204.466 t Sonderabfälle von 2.839 Firmen erfaßt und ausgewertet,
- 300 Betriebskontrollen durchgeführt, 2 Betriebe zwangsweise geschlossen,
- 11 Autoverwerter geräumt,
- ca. 650 Einsätze im Rahmen des Öl- und Giftalarmes durchgeführt,
- im Bereich Altlasten mit der Bearbeitung (Gefährdungsabschätzung, Sanierungsun-

tersuchung, Sanierung) von 49 Flächenrecyclingprojekten (z.B. Mannesmann-Lierenfeld, Mannesmann-Demag-Sack, Jagenberg, Rhode-Dörrenberg) sowie von 31 Altablagerungen begonnen,

- im Rahmen des jährlichen Ausgasungsmeßprogramms bisher 77 Altablagerungen mit sensibler Nutzung (Wohnen, Spielen, Sport) einer Erstbewertung unterzogen, wozu 25.000 Einzelanalysen ausgewertet wurden.

#### 19/4 – Chemisches und Lebensmittel-Untersuchungsamt

Das Gesetz über den Vollzug des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerechts (LMBVG-NW) vom 19.03.1985 (GV.NW.1985 S.259) trat am 01. Januar 1986 in Kraft. Zur Durchführung des Gesetzes in der Landeshauptstadt Düsseldorf wurde eine Geschäftsordnung erlassen (MittBl. 21/87). Sie überträgt die Erledigung der Aufgaben der Lebensmittelüberwachung dem Ordnungsamt, dem Chemischen und Lebensmittel-Untersuchungsamt, dem Veterinäramt und dem Gesundheitsamt und legt gleichzeitig fest, für welche Aufgaben die einzelnen Dienststellen zuständig sind. Bei der Wahrnehmung von Lebensmittelüberwachungsaufgaben werden die Dienststellen unter der im Gesetz vorgeschriebenen Bezeichnung „Lebensmittelüberwachungsamt“ tätig.

Zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung insbesondere vor gesundheitlichen Gefahren wurden im Bereich des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerechts ständig bestehende Bestimmungen den aktuellen Erkenntnissen angepaßt und neue Bestimmungen erlassen wie die Keramik-Bedarfsge-

genstände-VO, Schadstoff-Höchstmengen-VO und Verordnung über gesundheitliche Anforderungen an Fische und Schalentiere. Mit den neuen Rechtsbestimmungen erhöhte sich automatisch der Untersuchungsaufwand bei einzelnen Produktgruppen. Moderne Analysegeräte mußten beschafft werden.

Die Untersuchungsaufgaben im Rahmen des Umweltschutzes sind weiter angewachsen. Dem wurde 1987 durch Neubeschaffung einer Stelle für eine Lebensmittelchemikerin und 2 Stellen für Laboranten Rechnung getragen und eine neue Arbeitsgruppe eingerichtet, die hauptsächlich Boden- und Pflanzenuntersuchungen durchführt.

Im Juli 1987 hat der Oberstadtdirektor durch Geschäftsanweisung den Stab Außergewöhnliche Ereignisse (SAE) eingerichtet. Er ist zuständig für die Gefahren- bzw. Schadensabwehr in Fällen, denen möglicherweise nicht routinemäßig mit „amtseigenen“ Mitteln der zuständigen Fachdienststellen wirkungsvoll begegnet werden kann. Das Chemische und Lebensmittel-Untersuchungsamt ist ständiges Mitglied des SAE.

Bis Anfang 1988 war das Untersuchungsamt als Institut an das Ordnungsamt angegliedert. Seit Einrichtung des Umweltamtes ist das Untersuchungsamt diesem Amt in gleicher Weise angegliedert. Die Selbständigkeit blieb erhalten. Es ist nach wie vor dem zuständigen Dezernenten, das ist numehr der Umweltdezernent, direkt unterstellt.

Die Tabelle gibt einen Überblick über Untersuchungs- und Kontrolltätigkeit.

In den Jahresberichten des Chemischen und Lebensmittel-Untersuchungsamtes wird über die Arbeitsergebnisse umfassend berichtet.

Untersuchungstätigkeit und Betriebskontrollen:	1986	1987	1988
I Gesamtzahl der untersuchten Proben	4536	4279	4280
davon entfielen auf:			
1. Lebensmittel aus d. Lebensmittelüberwachung	3391	3360	3094
Beanstandungen	856	799	632
2. Kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände aus der Lebensmittelüberwachung	220	295	293
Beanstandungen	31	30	50
3. Untersuchungen für die Stadt Duisburg	105	93	109
4. Ausfuhratteste	312	253	332
5. Umweltschutz	209	131	239
6. Sonstige Proben	299	147	213
II Betriebskontrollen im Rahmen der Lebensmittelüberwachung	214	345	315